

Das Parlament

Berlin, 04. Januar 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 1-2 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Umstrittener Gründer

Otto von Bismarck Er gilt als Gründungsgestalt des Deutschen Reiches und damit auch der modernen deutschen Nationalstaatlichkeit seit 1871. Vor 150 Jahren wurde der ehemalige preußische Ministerpräsident erster Reichskanzler und blieb es bis 1890. Außenpolitisch setzte er auf Ausgleich in Europa, innenpolitisch auf Repressionen, etwa bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie und im Kulturkampf gegen die Katholische Kirche. Nach seinem Tod 1898 häufig nationalistisch idealisiert, wich dieses Bild nach dem Zweiten Weltkrieg einer kritischeren Bewertung: Seither gilt Bismarck nicht mehr nur als geschickter Architekt deutscher Einheit, sondern auch als Wegbereiter eines kaiserlichen Obrigkeitsstaates, der viel von Militär und Adel hielt und wenig von demokratischer Entscheidungsfindung mit einem starken Parlament im Zentrum. *ahe*



ZAHL DER WOCHE

41 Millionen

Einwohner lebten 1871 im Deutschen Reich und rund 63,2 Millionen 1925 in der Weimarer Republik. 2020 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 83,1 Millionen Menschen in Deutschland.

ZITAT DER WOCHE

»Ich gehöre nicht zu Bismarcks Bewunderern.«

Konrad Adenauer, erster Kanzler der Bundesrepublik, sah in Bismarck den Hauptverantwortlichen dafür, »dass die Demokratie sich im deutschen Kaiserreich nicht entfalten konnte«.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Nationalstaat Ein Erfolgsmodell mit Tücken **Seite 4**
- Bunte Republik** In Deutschland gibt es 120.000 Einbürgerungen pro Jahr **Seite 6**
- Heimat** Über die Wiederkehr eines umstrittenen Begriffs **Seite 8**
- Gedenken** Der schwierige Umgang mit deutscher Geschichte **Seite 9**
- Europäische Union** Hier die Nationen - dort die Gemeinschaft **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Eintracht in Grenzen

NATION Das Modell einer radikalen Vereinfachung entwickelte große Sprengkraft

Am Abend der Bundestagswahl 2013 spielte sich im Konrad-Adenauer-Haus eine bemerkenswerte Szene ab: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nimmt bei den Feiern einem reichlich verdutzten Parteifreund Hermann Gröhe ein Deutschlandfähnchen aus der Hand und legt es zur Seite. Ihre Mimik verrät: Ich will das nicht. Dies ist umso erstaunlicher, da das Bekenntnis zur Nation traditionell zum Markenkern der Union gehört. Peter Tauber erklärte in seiner Zeit als CDU-Generalsekretär das Verhalten der Kanzlerin mit ihrer DDR-Erfahrung, sie wolle das nationale Symbol nicht von einer Partei okkupiert wissen. In gewisser Weise erinnert die Szene an ein Zitat von Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD): »Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!«, hatte Heinemann auf die Frage nach der Liebe zu seinem Land geantwortet. Zugleich werden nicht nur auf der äußeren politischen Rechten in Deutschland, aber auch in vielen anderen europäischen Ländern, offen nationalistische Positionen vertreten. Auch auf der politischen Linken tritt bisweilen die Suche nach einem zeitgemäßen, aufgeklärten Patriotismus an die Stelle einer grundsätzlichen Ablehnung des Nationalen.

Die Geschichte deutscher Nationsvorstellungen ist offensichtlich kompliziert. Das ist einigermassen paradox. Denn die Idee, die Welt nach Nationen zu ordnen, ist ein Angebot, sie radikal zu vereinfachen. Aus der Fülle von dem, was zu individuellen Identitäten beiträgt, greift der Nationalismus wenige Aspekte heraus, die er zu den wichtigsten erklärt: gemeinsame (imaginierte) Abstammung, Sprache und »Kultur«. Und aus der Fülle von Gründen, die es für den Verlauf politischer Grenzen geben kann, erklärt er nur den Zustand für legitim, in dem sich die Grenzen der Siedlungsgebiete von Nationen mit denen von Staaten decken.

Diese Annahme war in Mitteleuropa, wo imaginierte Abstammung, dominante Sprachen, durch protestantische und katholische Traditionen geprägte Kulturen und die Grenzen von Herrschaftsgebieten nicht zusammenfielen, von großer Sprengkraft. Und sie löste sehr unterschiedliche Reaktionen aus. Als Mitteleuropa nach den langen Kriegen zwischen 1793 und 1815 neu geordnet wurde, schien es aus der Perspektive der größeren Reiche selbstverständlich, dass Herrschaftsgebiete mehrere Nationen umfassen und dass die deutsche Nation auf mehrere Territorien verteilt sein würde.

Die Regierungen kleinerer deutscher Staaten sahen in der Nationszugehörigkeit ein wichtiges Element der Herrschaftsstabilisierung und bemühten sich, das Bewusstsein der Zugehörigkeit etwa zu einer bayerischen, badischen oder württembergischen Nation innerhalb der deutschen Nation zu verstärken.

Aus der Sicht von Teilen der politischen Opposition belegten die Erfahrungen der amerikanischen und französischen Revolutionen dagegen, dass die Nation als Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger nicht nur das einzig legitime, sondern das in der Konkurrenz der Herrschaftssysteme erfolgreichste Modell war.

Nachbarn Die Forderung nach deutscher nationaler Einheit warf allerdings die Frage auf, wie die Beziehung zu anderen Nationen in mehrheitlich deutschen Staaten sein würde. Optimisten wie die Redner auf dem Hambacher Fest von 1832 erwarteten, dass Nationen ihre Grenzen einträchtig neu bestimmen und fortan harmonisch kooperieren würden. In der Revolution von 1848 wie im Rahmen der Reichsgründung »von oben« 1871 setzte sich aber die Orientierung an existierenden Staaten durch. Im Fall des Deutschen Reichs wurde sie erweitert um die 1864 von Dänemark und 1871 von Frankreich annektierten Gebiete. Allerdings waren mit Blick auf Elsass-Lothringen wirtschaftliche und militärisch-strategische Erwägungen letztlich wichtiger als die zur Begründung der deutschen Ansprüche heran-

gezogenen sprachlichen oder historischen Argumente. Und mit Blick auf die Grenze zu Österreich verband sich die Reichsgründung eher mit einer Absage an Sprache und Geschichte als entscheidende Kriterien für die Bestimmung von Grenzen: Zumindest im juristischen Sinne waren ab 1913 nur noch Reichsangehörige »Deutsche«.

Die Geschichte deutscher Nationsvorstellungen ist kompliziert. Die Idee, was die Nation ausmacht, hat sich mehrfach verändert.

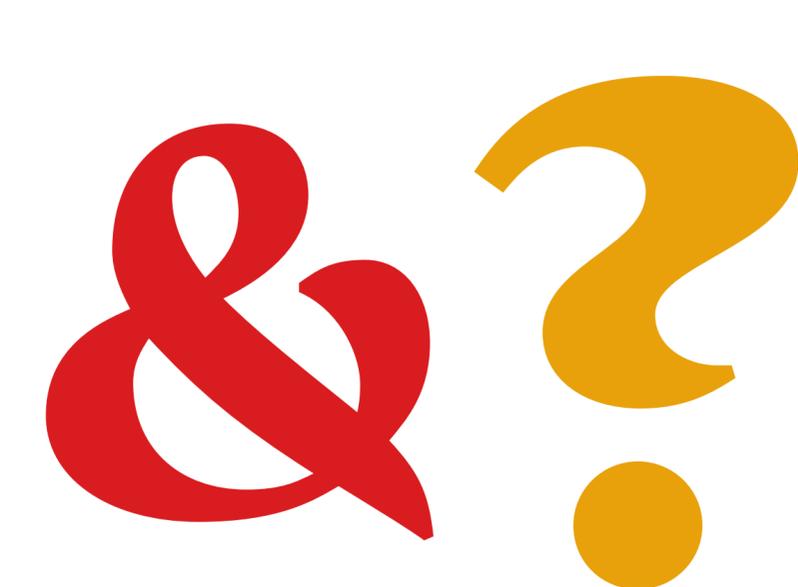
hundert wuchs das Gewicht der Stimmen, die behaupteten, Nationalität habe im Kern eine biologische Grundlage, die man etwa auf der Grundlage von Schädelformen oder gar direkt im Blut diagnostizieren könne. Diese so bestimmbareren »Völker« seien nicht Ergebnis historischer Entwicklungen, sondern deren Ursache. Dass Teile der politischen Eliten sich diese Perspektive zu eigen machten, erwies sich vor allem für jüdische Deutsche als fatal. Sie sahen sich nun nicht mehr nur von traditionellen anti-jüdischen Vorurteilen, sondern auch von neuen antisemitischen Bewegungen ausgegrenzt.



Der Erste Weltkrieg bedeutete eine massive Beschleunigung der nationalen Integration wie der national begründeten Ausgrenzung, etwa in der »Judenzählung« im Militär. Während die Kriegspropaganda die Loyalität gegenüber Volk und Nation betonte, griff der Staat immer stärker in Leben und Tod Aller ein. Und auch nach dem Krieg war die Neuordnung Europas vom Ziel der Anpassung von Staatsgrenzen an die Existenz von Nationen geprägt, wobei nun tschechische, dänische, polnische oder belgische Ansprüche mehr Gehör fanden.



Die berühmte Fähnchen-Szene nach der Wahl 2013.



Dem »Dritten Reich« diente die Existenz deutscher Minderheiten in den Nachbarstaaten als Begründung der ersten Phase seiner Expansionspolitik. Zugleich radikalisierte sich die biologische Begründung kollektiver Identitäten in der NS-Diktatur. Nationalität wurde als Kriterium der Ein- und Ausgrenzung durch »Rasse« abgelöst, die als fast völlig unabhängig von Sprache und Kultur gedacht war. Der Versuch, die Bevölkerung Europas durch Krieg und

Mord den Rassevorstellungen des Regimes anzupassen, war eine der zentralen Ursachen der Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus. Diese waren wiederum der unmittelbare Grund dafür, dass die Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur auf der Verschiebung von Grenzen, sondern auch auf der zwangsweisen Umsiedlung von Bevölkerungen in die Grenzen »ihrer« Nationen gründete.

Abkehr vom Biologismus Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 stellte sich mit Blick auf diese Erfahrungen die Frage, welche Bedeutung Nationalismus und speziell der deutsche Nationalismus künftig haben sollten. Dabei setzte sich die Ansicht, dass Nationen eben nicht auf biologischen Gemeinsamkeiten gründeten, rasch durch. Manche älteren Themen bestanden fort, etwa in der Frage, ob die Identität der beiden deutschen Staaten primär in der Nation oder primär in Verfassungen und Gesellschaftssystemen gründete. Oder in der Diskussionen darüber, ob die Einwanderung nach Westdeutschland zu einer temporären Duldung von »Gastarbeitern«, einer Integration von Zuwanderern in eine Mehrheitsgesellschaft oder in ein Bekenntnis zu einer multikulturellen, postnationalen Gesellschaft münden sollte. Nach 1989 stellt sich zudem die Frage, inwiefern die Nationen Europas nur als Teile einer europäischen Identität zu denken sind – während die europäische Integration wiederum die Debatte darüber befördert, wie zwischen staatlichen Autonomieansprüchen und europäischen Strukturen zu vermitteln ist.

In Zeiten, in denen Staatsgrenzen plötzlich, dafür aber umso massiver an Bedeutung gewonnen haben, sind solche Fragen wieder zentral geworden. Die lange Geschichte des Nationalismus liefert dazu viele Einsichten. Es bleibt zu hoffen, dass sie dazu beitragen können, dass die Antworten auf sie klüger, differenzierter und toleranter werden. *Andreas Fahrmeir*

Die Autor ist Professor für Neuere Geschichte an der Goethe Universität in Frankfurt am Main. 2017 erschien sein Buch »Die Deutschen und ihre Nation: Geschichte einer Idee«.

Es gibt auch eine andere Lesart, die in der damaligen Zeit Ausgangspunkte für teils fürchterliche Fehlentwicklungen deutscher Geschichte sucht und findet: Eine Überbetonung des Militärischen, das anti-französische Ressentiment, der später entstandene und preußisch geprägte kaiserliche Obrigkeitsstaat, von dessen Untertanengeist – Stichwort »Kadavergehorsam« – man einen Bogen bis zur nationalsozialistischen Schreckensherrschaft im 20. Jahrhundert ziehen könne. Wie die Diskussion im Berlin der Gegenwart ausgeht, bleibt vorerst offen. Nicht vorbei kommt man in ihr aber an einer Kniffligkeit, die sich als Dialektik des Denkmalsturzes bezeichnen lässt: Man sollte von jedem Denkmal so viel übrig lassen, dass die Nachwelt erkennen kann, warum es eines Sturzes wert gewesen ist.

Die Autor ist Professor für Neuere Geschichte an der Goethe Universität in Frankfurt am Main. 2017 erschien sein Buch »Die Deutschen und ihre Nation: Geschichte einer Idee«.



EDITORIAL

Dialektik des Denkmals

VON ALEXANDER HEINRICH

In Berlin gibt es auf Bezirksebene eine Initiative, die sich für eine öffentliche Diskussion über den sogenannten Generalszug einsetzt: Stein das Anstoßes sind eine Reihe von Straßen und Plätzen, die nach preußischen Generälen und Schlachtfeldern der Befreiungskriege gegen Napoleon benannt sind, darunter zum Beispiel die York- und die Gneisenaustraße und der Blücherplatz. Sollte man dieser Akteure nach mehr als 200 Jahren noch gedenken – zumal angesichts der europäischen Einigung und der Aussöhnung der ehemaligen »Erbfeinde« Deutschland und Frankreich? Und ist solcherart Gedenken an Kriege überhaupt noch zeitgemäß?

Seither gibt es eine kontroverse Diskussion, die wie unter einem Brennglas zeigt, wie schwierig der Umgang mit dem Thema Nation sein kann. Die Entstehung des deutschen Nationalstaats ist ambivalent, steckt voller Widersprüche: Für die einen führt das Gedenken an die Befreiungskriege ins Herz der Nationenbildung. In ihnen kumulierte ein Nationen-Bewusstsein über die damaligen Grenzen deutscher Kleinstaaterei hinweg. Erst die Niederlage Napoleons beflügelte die deutschen Reformer, die an Bürger appellieren wollten und nicht mehr an Untertanen. Mit dem Namen Gneisenau verbindet sich zum Beispiel eine Heeresreform als Teil jener preußischen Reformen, die den Grundstein für ein aufgeklärtes, fortschrittliches Industrieland legten.

Es gibt auch eine andere Lesart, die in der damaligen Zeit Ausgangspunkte für teils fürchterliche Fehlentwicklungen deutscher Geschichte sucht und findet: Eine Überbetonung des Militärischen, das anti-französische Ressentiment, der später entstandene und preußisch geprägte kaiserliche Obrigkeitsstaat, von dessen Untertanengeist – Stichwort »Kadavergehorsam« – man einen Bogen bis zur nationalsozialistischen Schreckensherrschaft im 20. Jahrhundert ziehen könne. Wie die Diskussion im Berlin der Gegenwart ausgeht, bleibt vorerst offen. Nicht vorbei kommt man in ihr aber an einer Kniffligkeit, die sich als Dialektik des Denkmalsturzes bezeichnen lässt: Man sollte von jedem Denkmal so viel übrig lassen, dass die Nachwelt erkennen kann, warum es eines Sturzes wert gewesen ist.

GASTKOMMENTARE

DROHT EINE RENATIONALISIERUNG DER POLITIK?

Akzentverschiebung

PRO



Eckart Lohse, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Jahrzehntlang schien es eine ausgemachte Sache zu sein: Eine Renaissance nationaler, gar nationalistischer Gedanken war in Deutschland nicht zu befürchten. Ein paar verirrte Seelen mochten in dieser Kategorie noch denken, aber die würden niemals auch nur in die Nähe des Bundestages gelangen, geschweige denn dort die größte Oppositionsfraktion bilden. Das ist seit drei Jahren Vergangenheit. Zwar besteht die AfD nicht durchweg aus Nationalisten, aber gegründet wurde sie aus einer sehr kritischen Haltung zum wichtigsten Projekt der europäischen Integration: der gemeinsamen Währung. In anderen EU-Staaten gibt es schon lange Kräfte, die aus der Überhöhung der Nation politisches Kapital schlagen. Am deutlichsten wurde das beim Brexit Großbritanniens, aber auch in Ungarn und Polen dominieren national ausgerichtete Parteien. Selbst in Frankreich ist nicht ausgemacht, ob sich Präsident Macron proeuropäischer Kurs dauerhaft gegen die nationalistische Rechte behauptet. Bei aller proeuropäischen Gesinnung der klaren Mehrheit der Parteien in Deutschland verschieben sich doch die Akzente. Der dominante Kurs Berlins in der Eurokrise und der Flüchtlingskrise, ebenso die vorübergehende Abschottung in der Pandemie, wurden von anderen EU-Staaten durchaus als sehr selbstbewusstes Vorgehen der größten Nation in der EU wahrgenommen. Das Eintreten für eine europäische Politik wird von der Bundesregierung schon lange nicht mehr in erster Linie mit dem Erfordernis der Integration Europas nach innen begründet. Vielmehr damit, dass man sich gegen andere nach Dominanz strebende Nationen, vor allem China und Amerika, nur gemeinsam wehren könne. Europa als Nation im Wettbewerb mit anderen Nationen.

Grund zu Zuversicht

CONTRA



Daniela Vates, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Für Pessimismus lassen sich viele Gründe finden: Großbritannien verabschiedet sich aus der EU; dies scheitert seit Jahren an einer ihrer zentralen Herausforderungen, der Flüchtlingspolitik. China umarmt die Welt, um sie zu erobern. Frankreichs Präsident Macron erklärt zwischendurch mal eben die Nato für himto. Die Uno wirkt in ihrer Schwerfälligkeit schon länger dysfunktional. Die „America first“-Schreie von der anderen Seite des Atlantiks sind noch gut im Ohr und Russland macht ohnehin seins. Der kurzfristige eigene Vorteil lässt sich nun mal leichter vermarkten. Er drängt sich ungeduldig vor das Bemühen um Kompromisse und um mittel- und langfristige Ziele, die allen nützen und nicht nur einem. Aber der Versuch, sich über den Egotrip Grenzziehung von der Welt abzukapseln, ist eine theatralische Scheinlösung, die mehr Probleme verursacht als löst. Einzelne Gruppen mögen profitieren, wenn Staaten ihre Ellbogen ausfahren und jeder alleine vor sich hin wurstelt. In der Summe aber ist dieser Weg der ineffizientere und auch der kostspieligere. Die zentralen Herausforderungen der Zeit lassen sich nur gemeinsam lösen. Das gilt fürs Klima, das sich nicht um Grenzen schert, genauso wie für die Lösung von Konflikten und Kriegen, für die es häufig auch globale Ursachen gibt. Gerade zeigt die Corona-Krise, wie viel besser man als Team vorankommt. Die EU hält, trotz Brexit und einigem anderen Ärger, bemerkenswert zusammen. Die USA will dem Klimaschutzabkommen wieder beitreten. Die Nato diskutiert über Reformen. Es gibt also Gründe für Zuversicht. Die braucht Multilateralismus genauso wie Geduld und die Entschlossenheit, nicht aufzugeben, wenn es Hindernisse oder Rückschritte gibt.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 11 bis 11. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Präsident, den Deutschen wird gern attestiert, sich beim Thema Nation schwer zu tun, als Folge der nationalsozialistischen Verbrechen. Zu Recht?

Das das Thema Nation in der nationalsozialistischen Zeit grauenvoll missbraucht wurde, ist jedermann bekannt. Insofern ist nachvollziehbar, dass die Deutschen sich damit schwerer tun, auch wenn man manchmal das Gefühl hat, dass nicht mehr alle so gern daran erinnert werden wollen, in welchen Abgrund Deutsche sich selbst und die Menschheit geführt haben. Aber das bleibt immer ein Teil unserer Geschichte und der Umgang damit Teil unserer nationalen Identität. Davon unbenommen ist für jede freiheitliche Organisation des Zusammenlebens – zumal unter den Bedingungen der Moderne – wichtig, dass es etwas gibt, das den Menschen eine gewisse Zugehörigkeit vermittelt.

Zum Beispiel Nation?

Was immer die Nation im Einzelnen ist: In der Regel, und das weit über Europa hinaus, bildet sich in ihr staatliche Organisation – insbesondere dann, wenn diese auf einer freiheitlichen Grundlage erfolgt. Zur freiheitlichen Staatsorganisation gehört zwingend, dass die Bürger Mehrheitsentscheidungen akzeptieren. Das macht das Zugehörigkeitsbewusstsein der Menschen so wichtig für die Demokratie. Deshalb müssen wir mit dem Begriff Nation und allem, was sich damit verbindet, verantwortungsvoll umgehen. Nationale Gefühle zu übertreiben, das wissen wir aus unserer Geschichte auch schon vor 1933, hat verheerende Folgen, sie einfach wegzuschleppen, wäre aber auch ganz falsch – dann überlassen wir sie den Gegnern der freiheitlichen Demokratie.

Während der deutschen Teilung wurde im Westen zwar staatlicherseits die Einheit der Nation betont, das Gros der Bevölkerung – zumal die Jüngeren – aber orientierte sich stark nach Westen.

Das stimmt. Wenn man nicht persönliche Beziehungen hatte oder im Zonenrandgebiet lebte, waren Paris, Italien oder die USA viel interessanter. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Ich habe damals zu denen gehört, die an der Einheit der Nation festhielten – da galt man schon fast als kalter Krieger. Und es gab in Deutschland – anders als im geteilten Korea – immer viele gesellschaftliche Kontakte: durch die vielen persönlichen Beziehungen, durch die evangelische Kirche, und auch dadurch, dass die Menschen in der DDR Westfernsehen geschaut haben. Ein Drittel der Bevölkerung war in den letzten Jahren vor dem Mauerfall jährlich für eine Woche im Westen; wir hatten dazu den Besucherverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR stark ausgeweitet. Bei der Friedlichen Revolution dauerte es dann nur ein paar Wochen, bis aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ der Ruf „Wir sind ein Volk“ wurde.

Dieser Ruf war nicht nur der Anziehungskraft der D-Mark und der Verlockungen des Westfernsehens geschuldet?

Die Debatte, ob damals nur der Konsum lockte, ödet mich manchmal etwas an: Es war nicht nur der Konsum! Die Reisefreiheit war mindestens so entscheidend, überhaupt der Wunsch, frei zu leben. Dass der Beitritt der DDR zum Grundgesetz so schnell ging, hat ausschließlich die Mehrheit der Menschen in der DDR bestimmt. Die wollten so leben, wie sie es mit der Bundesrepublik verbanden. Sie hatten ja eine eigene Vorstellung davon, wie es in Westdeutschland sei, und die Mehrheit fühlte sich davon ausgesprochen angezogen. Und sie waren dann eben Deutsche in Deutschland. Denn es war doch mehr an Einheit geblieben. Das zeigt: Nation ist viel mehr als das, was der Begriff Verfassungspatriotismus meint...

...also Identifikation mit Werten, Verfahren, Institutionen der Verfassung...

... alles wahr, aber man erreicht die Menschen eben nicht allein mit der Ratio – die Emotionen gehören dazu. Ein vernünftiger Umgang damit, was Nation ist, kann die stärksten Kräfte im Menschen ansprechen, zum Beispiel Solidarität. Das ist doch gut. Für mich stammt die schönste Definition von Richard Schröder, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in der frei gewählten DDR-Volkammer. Der sagte: „Deutschland ist nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes“ – und jeder braucht etwas Bestimmtes.

Haben Friedliche Revolution und Einheit auch zu einer Renaissance des deutschen Nationalgefühls insgesamt geführt, das sich etwa beim „Sommermärchen“ während der Fußball-WM in Deutschland 2006 zeigte?

Das gab es schon vorher. Eine Zeit lang war es verpönt, Flagge zu zeigen. Aber ich kann mich erinnern, wie Boris Becker in den 1980er Jahren, deutlich vor der Wiedervereinigung, nach einem dramatischen Davis-Cup-Spiel gegen John McEnroe mit der schwarz-rot-goldenen Fahne herumlief. Insofern hatte das einen Vorlauf; es war schon länger nicht mehr völlig verpönt. Beim sogenannten Sommermärchen hat

»Nicht die Wurzeln kappen«

WOLFGANG SCHÄUBLE Der Bundestagspräsident über Werte, Identität und einen vernünftigen Umgang mit nationalen Gefühlen



© Deutscher Bundestag/Achim Melde

das dann einen Höhepunkt gefunden. Warum auch sollen nicht alle an ihre Autos eine schwarz-rot-goldene Fahne hängen, wenn es ihnen Spaß macht? Das war kein überzogener Nationalismus, eher eine Mode. Aber noch viel schöner an dem Sommermärchen war ja die Tatsache, dass man in diesem Deutschland fröhlich sein kann. Selbst als die deutsche Mannschaft ausgeschieden war, hat dies der Stimmung keinen Abbruch getan. Das ist eigentlich fast ein Symbol für einen vernünftigen Umgang mit der Nation: Die Menschen haben sich einfach weiter gefreut und mit Gästen aus der ganzen Welt gefeiert. Und wenn die Mannschaft das Spiel um den dritten Platz verloren hätte, wäre sie am Brandenburger Tor genauso gefeiert worden. Das war eine Phase, in der wir einen entspannten, aber vernünftigen Umgang mit der Nation hatten: gemäßig und unverkrampft. Das war nicht schlecht, und das würde ich mir auch für die Zukunft wünschen.

»Ein Patriot darf die Menschenwürde nicht mit Füßen treten.«

Gibt das „Wir-Gefühl“ den Menschen Halt?

Ein Stück weit ja. Nicht im Überschwang, da steckt immer eine Gefahr drin. Aber ein Zugehörigkeitsgefühl kann helfen, vor allem eine gemeinsame Aufgabe. Denken Sie an die Anfangsphase der Flüchtlingskrise, an die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof, dieses „Wir helfen denen, so gut wir können; das kriegen wir gemeinsam hin“. Wir dürfen dieses emotionale Bindemittel nicht den Gegnern der Demokratie überlassen.

Sie haben in diesem Zusammenhang von einer identitätsstiftenden Funktion der Nation gesprochen...

Ja. Sobald Sie anfangen, dieses „Wir“ genauer zu definieren, kommen Sie ins Unterholz: Warum feuern wir beim Länderspiel gegen Frankreich die eigene Mann-

schaft an? Nicht wegen der Verfassung; die Grundwerte hat Frankreich auch, und trotzdem ist man für die eigene Mannschaft – einfach nur, weil es „unsere“ ist.

Ist dieses „Wir“ die historisch gewachsene Gemeinschaft mit gleicher Sprache, Kultur, Geschichte?

Dieses „Wir“ will ich gar nicht so genau definieren, das hätte immer etwas Abschießendes an sich. Wir sind aber eine offene Gesellschaft. Es gehören nicht nur diejenigen dazu, deren Urgroßeltern schon hier geboren sind. Die Migration, die Mobilität hat sich unheimlich beschleunigt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs sind mindestens 15 Millionen Menschen von Ost nach West verschoben worden. Das hat damals auch „gerumpelt“; so angesehen waren die deutschen Flüchtlinge in den ersten Jahren in ihrer neuen Heimat nicht. Aber wir haben es verkräftet. Und jetzt müssen wir die viel stärkeren globalen Wanderungsbewegungen auch verkraften. Das ist eine der großen Herausforderungen der freiheitlichen Gesellschaft. Wenn wir allerdings zurückfallen in den Anspruch „Me first“, wird die Welt nicht besser, sondern schwieriger.

Wir leben in einer offenen, pluralen Gesellschaft, in der jeder Vierte einen Migrationshintergrund hat. Neben der „Kulturnation“ gibt es auch das Modell der „Staatsnation“, deren Bürger auf der Grundlage bestimmter Werte, Rechte und Pflichten zusammenfinden. Ist das ein Gegensatz?

Nein, das ergänzt sich. Denken Sie an die Aufnahme der Hugenotten in Preußen im 17. Jahrhundert: Das waren nicht Bürger zweiter Klasse. Über das Abstammungs- und das Territorialprinzip beim Staatsbürgerschaftsrecht kann man trefflich streiten; diese Debatte habe ich auch eine Zeit lang aushalten müssen, aber heute sind wir da-

rüber hinweg. Man kann seine Staatsbürgerschaft wechseln, und die Staatsbürgerschaft muss man in ihrer Bedeutung nicht überziehen. Aber ohne eine gewisse Zuordnung, welcher Staat für wen mit welchen Rechten und Pflichten zuständig ist, geht es nicht. Teilhabe braucht Teilnahme, also Zugehörigkeit.

Um dabei auf das Stichwort Verfassungspatriotismus zurückzukommen: Stiften nicht auch das Zusammenfinden zu bestimmten Werten Identität?

Das ist kein Entweder-oder, das überlagert sich gegenseitig. Werte stiften natürlich Identität und Zugehörigkeit. Die Werte des Grundgesetzes, insbesondere die Unantastbarkeit der Menschenwürde, sind doch etwas Tolles. Und für Franzosen sind natürlich die Werte der Revolution, also Liberté, Egalité, Fraternité, von ganz entscheidender Bedeutung. Ich habe nichts gegen Verfassungspatriotismus, im Gegenteil: Ein vernünftiger Deutscher, dem sein Land nicht völlig egal ist, ein Patriot, der darf die Menschenwürde nicht mit Füßen treten. Sonst ist er kein guter Deutscher.

Sie sind ein ausgewiesener Europäer. Ihre Generation und die vorherige hat im Aufbau eines gemeinsamen Europa eine identitätsstiftende Aufgabe gefunden. Geht dieses Identitätsstiftende, das die europäische Begeisterung verloren?

Ich hoffe nicht, aber die Frage ist nicht entschieden. Natürlich ist die europäische Identität noch eine zarte Pflanze. Sie war wie der Verfassungspatriotismus am Anfang eher eine Kopfgarbe, weil man nicht noch einmal Krieg wollte; dann besann man sich: Europa war doch immer schon mehr. Statt „Wir-Gefühl“ kann man auch pathetischer von „Schicksalsgemeinschaft“ sprechen. Die Nation ist eine Schicksalsgemeinschaft, und Europa ist das im 21. Jahrhundert auch. Aber eben noch bei vielen eher im Kopf. Deshalb brauchen wir mehr Identitätsstiftung.

Was könnte dazu beitragen?

Früher hat man Identität gewonnen über Mythen und große Erzählungen, über gemeinsame Erfolge oder Niederlagen. Für Europa wird das schwierig; wir wollen ja keine europäischen Kriege führen. Was also stiftet Identität? Da Personalentscheidungen bei vielen Menschen oft sehr viel mehr Interesse wecken als Wahlen von irgendwelchen Listen, habe ich vorgeschlagen, dass wir den Präsidenten der Europäischen Kommission direkt durch das Volk wählen sollten. Das würde beim ersten Mal sicher auch „rumpeln“, nicht zuletzt wegen der Sprachenfrage – aber wäre erst einmal ein Präsident gewählt, wäre das ein identitätsstiftendes Element, über das man streiten kann. So etwas braucht Europa noch mehr.

Europa ist aber kein Nationalstaat oder könnte ihn ersetzen?

Ich bin gegen den Begriff „Vereinigte Staaten von Europa“, weil er bei den Menschen Assoziationen von den Vereinigten Staaten von Amerika weckt, also von einem großen Nationalstaat. Ich glaube, dass der Nationalstaat als Organisationsprinzip – im Sinne des vor 150 Jahren von Bismarck gegründeten deutschen Nationalstaates – in der Endphase seiner geschichtlichen Bedeutung ist. Er bleibt wichtig, aber wir werden Souveränität als die Allzuständigkeit für die Regelung politischer Sachverhalte im 21. Jahrhundert vermutlich nicht weiter allein auf nationaler Ebene leisten können. Nicht in der globalisierten Welt. Die Zuständigkeiten werden sich auf verschiedene Ebenen verteilen. Aber Zugehörigkeit und emotionale Bindung wird man auch in der Zukunft brauchen. Ich würde einiges, was wir heute noch national regeln, an Europa abgeben, aber dabei darf dann nicht die Nationalzugehörigkeit verloren gehen. Der richtige Umgang damit – das ist die Aufgabe. Gerade in Zeiten der Globalisierung dürfen wir nicht unsere Wurzeln kappen. Sonst werden wir anfälliger für Populisten. Wenn wir globale Herausforderungen annehmen wollen, müssen die Menschen auch das Gefühl haben: Ja, da gehören sie dazu, da sind sie dabei.

Das Gespräch führten Alexander Heinrich und Helmut Stoltenberg. ||

Wolfgang Schäuble (78) ist der dienstälteste Abgeordnete der deutschen Parlamentsgeschichte: Seit 1972 gehört er dem Bundestag an, dessen Präsident er seit 2017 ist. Von 1984 bis 1991 erst Kanzleramts- und dann Bundesinnenminister, war er danach bis zum Jahr 2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sowie von 1998 bis 2000 CDU-Parteichef. 2005 bis 2009 erneut Bundesinnenminister, leitete er von 2009 bis 2017 das Finanzressort.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Rotes

Redaktionsschluss
30. Dezember 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition

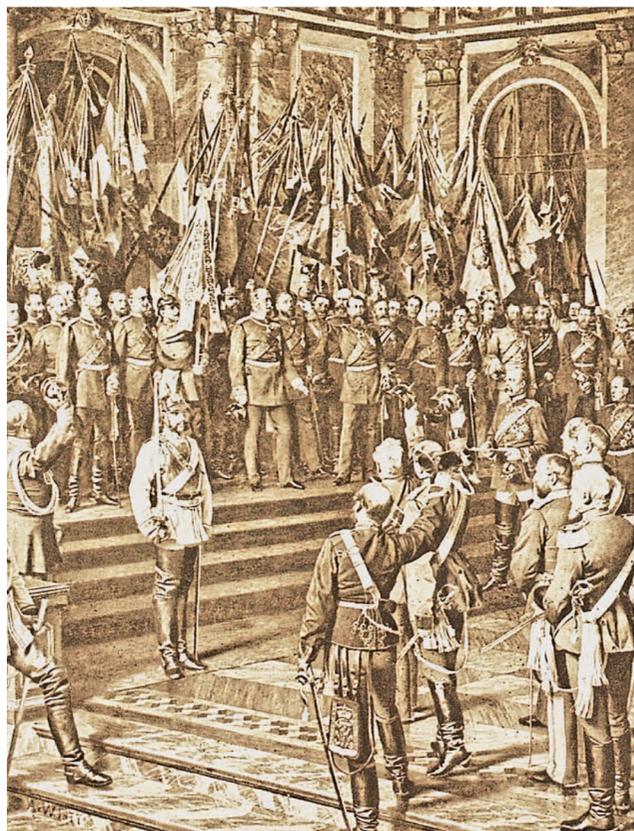
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Im Gegensatz zur demokratisch legitimierten Deutschen Einheit vom 3. Oktober 1990 (rechts) waren Reichsgründung und Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 (links) von den deutschen Fürsten ins Werk gesetzt worden. © picture-alliance/akg-images/dpa/Wolfgang Kumm

Zweimal Einheit, aber anders

HISTORIE Die Wiedervereinigung von 1990 steht in schroffem Kontrast zu Bismarcks Reichsgründung von 1871

Ihre Politik gegenüber Deutschland sei gescheitert, erklärte die britische Premierministerin Margaret Thatcher nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Sie habe versucht, den Zusammenschluss zu verhindern. Aber die Sehnsucht der Deutschen nach Einheit, auf beiden Seiten der Elbe, sei unwiderstehlich gewesen. Nun drohe das vereinte Deutschland wieder zu einem destabilisierenden Faktor in Europa zu werden: „a bull in a china shop“ – nicht durch territoriale Aggression, wohl aber durch ökonomische Expansion. Unausgesprochen standen damit die Reichsgründung von 1870/71 und der Alptraum zweier Weltkriege, die daraus am Ende folgten, wieder im Raum. Doch war es gerechtfertigt, diese Parallele zu ziehen? Würde ein vereintes Deutschland nach 1990 wieder so groß und mächtig sein, dass es Europa mit seinem schieren Gewicht beherrsche? Oder vollzog sich die Wiedervereinigung 1989/90 unter derart anderen Bedingungen, dass sich jede Gleichsetzung mit 1870/71 verbot?

Gestörtes Gleichgewicht Damals hatte Otto von Bismarck, seit 1862 preußischer Ministerpräsident, die Träume der Deutschen nach einem einheitlichen Reich erfüllt. Mit Hilfe der preußischen Armee unter Generalstabschef Helmuth von Moltke hatte er die deutsche Einheit erkämpft – 1864 im Krieg gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870/71 gegen Frankreich –, aber zugleich das 1815 auf dem Wiener Kongress errichtete „Gleichgewicht der Mächte“ in Europa empfindlich gestört. Architekt der Wiener Ordnung nach den napoleonischen Kriegen war der britische Außenminister Lord Castlereagh gewesen. Sein Plan: Die großen Mächte auf dem Kontinent sollten sich gegenseitig in der Balance halten und so den Frieden in Europa dauerhaft garantieren – mit Großbritannien in einer Position der „splendid isolation“. Voraussetzung dafür war allerdings die Aufspaltung der europäischen Mitte, also die Teilung Deutschlands, um zu verhindern, dass ein geeintes Reich das Gleichgewicht aus den Angeln hob. 39 souveräne Einzelstaaten, darunter mit Preußen, Österreich, Hannover, Württemberg und Bayern fünf Königreiche, existierten danach auf dem Gebiet des „Deutschen Bundes“, einem lockeren Staatenbund ohne Zentralgewalt. Entsprechend enttäuscht war die deutsche Einigungsbewegung, die sich seit dem späten 18. Jahrhundert für einen deutschen Nationalstaat und eine liberale Verfassung eingesetzt hatte. Doch als Bismarck schließlich die Einheit durchsetzte, gingen daraus nicht die Liberalen gestärkt hervor, deren bürgerliche Revolution 1848/49 gescheitert war, sondern Preußens Monarchie und deren Armee. Das Reich danach wurde, ungeachtet aller Modernisierung, ein autoritärer Staat, in dem die Mitwirkungsmöglichkeiten des Reichstags begrenzt blieben und deutschmündelnde Strömungen wie der Alldeutsche Verband, zunehmend an Bedeutung gewannen.

Natürlich hätte die Entwicklung, die nun folgte, auch anders verlaufen können. Der deutsche Imperialismus und die Flottenrüstung, die mit dazu beitrugen, den Ersten Weltkrieg heraufzubeschwören, das Scheitern der Weimarer Republik nach der Weltwirtschaftskrise von 1929, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 und der Weg in den Zweiten Weltkrieg waren kein unabwendbares Schicksal. Aber der Keim zu den späteren Katastrophen war bereits gelegt, als Kaiser Wilhelm II. und Friedrich von Holstein, „Graue Eminenz“ im Auswärtigen Amt, nach 1890 Bismarcks Kurs der „Saturiertheit“ verließen und seine Bündnispolitik demontierten. Was Castlereagh schon 1815 befürchtet hatte, wurde nun Wirklichkeit: die Infragestellung der europäischen Ordnung durch ein übermächtiges Reich. Der Drang nach einer deutschen Weltmachtrolle, auf die man ein Recht zu haben glaubte, beschwor daher bald Allianzen herauf, die sich gegen Deutschland verbündeten, um das Reich in seine Schranken zu weisen: von der Entente cordiale und der Triple Entente vor dem Ersten Weltkrieg bis zur „Anti-Hitler-Koalition“ nach dem deut-

schen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941. Mit der Teilung nach 1945 schien die deutsche Frage endgültig geklärt. Die kommunistische Sowjetunion hatte ihren Machtbereich bis zur Elbe ausgedehnt und würde ihre Eroberungen nicht mehr preisgeben. Und der Kalte Krieg zwischen Ost und West machte jede Aussicht auf nationale Selbstbestimmung zunichte. Ostdeutschland wurde unter Walter Ulbricht stalinisiert. Westdeutschland erhielt trotz des schlimmen nationalsozialistischen Erbes als Teil der westlichen Staatengemeinschaft die Chance, jene freiheitlich-demokratische Ordnung zu verwirklichen, die in der Weimarer Republik gescheitert war. Die Aussöhnung mit Frankreich, ein partnerschaftliches Verhältnis zu den USA in der Nato und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bildeten unter Bundeskanzler Konrad Adenauer den Rahmen für eine neue deutsche Außenpolitik, die nicht nach Macht und Vorherrschaft strebte, sondern auf Zusammenarbeit und Vertrauen schuf. Adenauers Westpolitik folgte zwei Jahrzehnte später die „neue

Ostpolitik“ Bundeskanzler Willy Brandts, die das Verhältnis der Bundesrepublik zur UdSSR und Osteuropa sowie zur DDR neu regelte und die Entspannungspolitik zwischen Ost und West einleitete. Diese Politik der Verständigung und Vertrauensbildung – im Westen wie nach Osten – bildete die Basis für die Wiedervereinigung 1989/90. Als die friedlichen Revolutionen in Osteuropa und der DDR die dortigen kommunistischen Regime beseitigten, wurde möglich, was lange für unmöglich gehalten worden war. Dies wäre kaum denkbar gewesen, wenn nicht die gesicherte Westbindung der Bundesrepublik und die Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren den Boden dafür bereit hätten. So aber akzeptierte die Führung in Moskau unter Generalsekretär Michail Gorbatschow nicht nur die deutsche Einheit, sondern auch den Abzug ihrer Truppen aus Ostdeutschland. Schließlich kam die Wiedervereinigung mit Zustimmung aller europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zustande, nachdem in den Zwei-

plus-Vier-Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ein annehmbares Ergebnis erzielt worden war. Der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 sah die Reduzierung der deutschen Streitkräfte auf 350.000 Mann und ihren vollständigen Verbleib in der Nato vor. Ein militärisches Risiko, das von der Wiedervereinigung hätte ausgehen können, wurde so faktisch ausgeschlossen. Zudem war die deutsche Einheit mit dem Bekenntnis zur europäischen Integration verbunden. Schon im Frühjahr 1989 hatte Bundeskanzler Helmut Kohl dazu erklärt, Deutschlands Zukunft liege „in der Europäischen Union als Modell einer europäischen Friedensordnung“. Die europäische Einigungspolitik bleibe „die einzig sinnvolle Antwort auf die ungelöste deutsche Frage“. Und noch am 2. Oktober 1990, einen Tag vor der Wiedervereinigung, schrieb er in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die Verwirklichung der Europäischen Union werde auch im vereinten Deutschland das „Herzstück der Außenpolitik“ bilden. Der Gegensatz zu 1870/71 hätte größer kaum sein können, politisch wie militärisch.

Das Gleichgewicht der Mächte in Europa hatte Bismarck empfindlich gestört.

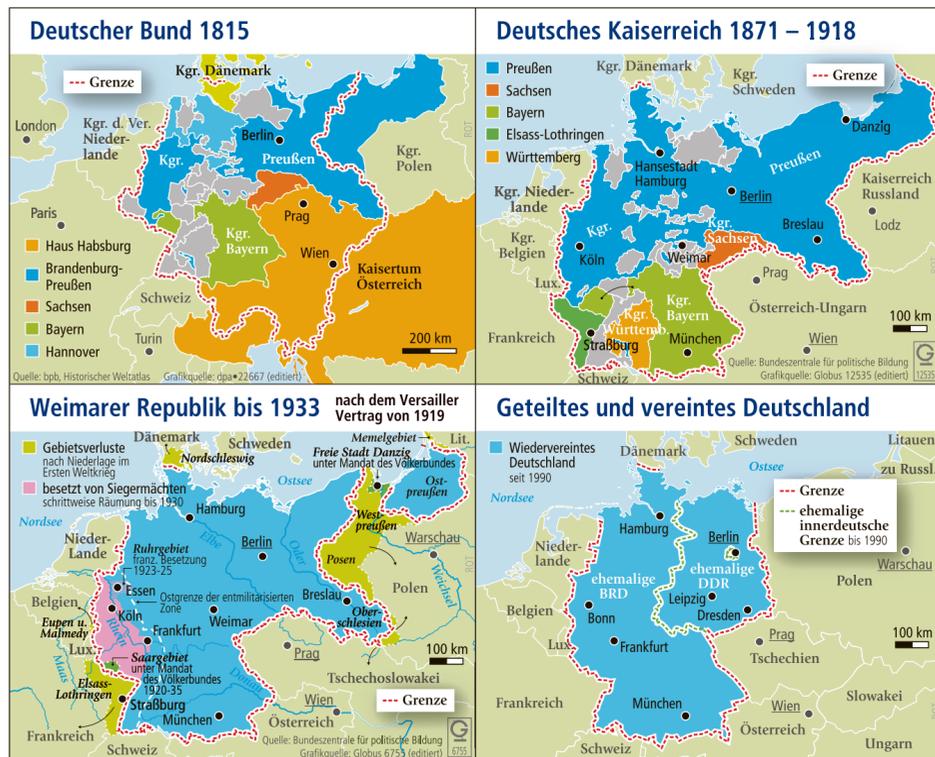
Das vereinte Deutschland hat am Bekenntnis zur europäischen Integration festgehalten.

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach lasst uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand;
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland

3. Strophe des „Lieds der Deutschen“
August Heinrich Hoffmann von Fallersleben | 1841

Westbindung und zumindest latenter Antiamerikanismus. Zudem empfanden viele im Osten die „Wende“ als radikalen Bruch ihrer Arbeitswelt, ihrer Lebenswirklichkeit und ihres Wertgefüges. Bereits im Sommer 1990 meinten 75 Prozent der Ostdeutschen, sie seien Bürger zweiter Klasse. Zwar wurde der politische Ordnungswechsel, der sich 1989/90 vollzog, bei Umfragen seit 1990 regelmäßig von etwa 80 Prozent der Ostdeutschen bejaht, aber eine Identifikation mit der Bundesrepublik fand kaum statt. Und je länger die Wiedervereinigungsprobleme dauerten, desto mehr kam es zu einer „Wiedergeburt des ostdeutschen Wir-Gefühls“. Die DDR gewann im Rückblick an Attraktivität. Zwei Drittel der Ostdeutschen zeigten sich 1995 stolz auf ihr Leben in der DDR. Alles, was der Einheit misslinge, werde der DDR „posthum vergeben“, notierte dazu 1998 der ostdeutsche Journalist Christoph Dieckmann. Inzwischen ist die Wiedervereinigung von 1990 selbst Geschichte. Eingebettet in eine internationale Ordnung, die trotz aller Unzulänglichkeiten Frieden und Stabilität verspricht, hat das vereinte Deutschland im Innern die Tradition fortgesetzt, die mit dem Hambacher Fest und der Paulskirche begann und mit dem Grundgesetz wieder auflebte. Auch Kohls Versprechen, am Bekenntnis zur europäischen Integration festzuhalten, wurde eingelöst. Als „große Insel der Stabilität, der Liberalität und Demokratie mitten in Europa“, bemerkte dazu kürzlich der britische Historiker Timothy Garton Ash, sei die vereinigte Bundesrepublik „das beste Deutschland, das wir je hatten“. Ob dessen ökonomisches und politisches Gewicht ausreicht, um auch künftig das nach Migrationskrise, Brexit und Corona auseinanderstrebende Europa zusammenzuhalten und dessen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu sichern, bleibt jedoch abzuwarten. **Manfred Görtemaker**

Der Autor ist emeritierter Professor für neue Geschichte an der Universität Potsdam.



Entfremdungen Dagegen verblassten die Ähnlichkeiten, die es ebenfalls gab. So führte die mehr als vier Jahrzehnte lange Teilung Deutschlands nach 1945 zu einer Entfremdung zwischen Ost und West, wie sie im 19. Jahrhundert zwischen Nord- und Süddeutschland bestand. Unterschiedliche Mentalitäten und Traditionen, kulturelle Differenzen und religiöse Gegensätze zwischen dem protestantischen Norden und dem katholischen Süden hatten seinerzeit noch bis in die Weimarer Republik hinein die innere Entwicklung des Reiches geprägt. Bismarcks „Kulturkampf“ gegen die Zentrumspartei und den Einfluss des Papstes war dafür nur ein Beispiel. Zwischen Ost und West wirkte nach 1990 vor allem das Erbe des Kommunismus nach. Die sozialistische Planwirtschaft in der DDR hatte zwar nicht zu großem Wohlstand, wohl aber zu einem hohen Maß sozialer Sicherheit geführt, das sich in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht aufrechterhalten ließ. So wurden im Taumel der Gefühle in der Wendezeit 1989/90 vielfach die Schwierigkeiten übersehen, die der notwendige Strukturwandel mit sich bringen würde. Vor allem anfangs der 1990er Jahre standen die Hoffnungen, die viele ehemalige DDR-Bürger mit der Übernahme der westdeutschen Marktwirtschaft verbunden hatten, in scharfem Kontrast zur Realität. Aber auch der Kalte Krieg war nicht über Nacht vergessen. Lange eingeübte Argumentationsmuster führten in den neuen Bundesländern zu Skepsis gegenüber der



Beginnen hat der Erfolgsweg der Idee Nation zu einer der weltweit wirkungsmächtigsten politischen Gestaltungskräfte in der transatlantischen Revolutionsära des späten 18. Jahrhunderts. Vor der Nation sind alle gleich – diese Egalitätsverheißung ließ die Idee Nation als „gedachte Ordnung“ (M. Rainer Lepsius) zur obersten Legitimitätsinstanz aufsteigen, auf die sich alle berufen können, die gleiche Rechte und faire Teilhabechancen an den gesellschaftlichen Leistungen einfordern. Zunächst ging es vor allem um Gleichheit vor dem Recht und in der Politik, dann kamen soziale, wirtschaftliche und kulturelle Erwartungen, in der Gegenwart ökologische hinzu. Als Ressourcengemeinschaft blieb die Nation stets un-abgeschlossen. Diese Offenheit für Neues machte sie konkurrenzlos attraktiv. Nationale Erwartungen entstehen in transnationalen Lernprozessen, sind aber nur zu verwirklichen, wenn die Nation als Staat organisiert ist. Daher strebt jede Nation zum eigenen Nationalstaat. Nur er hat die Legitimität, den Wettbewerb konkurrierender Ziele innerhalb der Nation und den Zugang zu den Ressourcen zu regeln; nur er ist befugt, staatliche Kompetenzen an transnationale Institutionen abzutreten. Als Solidaritätsverband ist die Nation darauf angewiesen, den Kreis der Anspruchs-

Erfolgsmodell mit Tücken

NATIONALSTAAT Die Idee von der Nation hat sich in gut zwei Jahrhunderten als konkurrenzlos attraktiv erwiesen. Für Minderheiten war sie gefährlich



Im 19. Jahrhundert entstand kein Nationalstaat ohne Krieg: Der preußische Sieg gegen österreichische Truppen in der Schlacht bei Königgrätz im Juli 1866 (Bildmitte unter anderem König Wilhelm I. und Otto von Bismarck) ebnete den Weg zur Reichsgründung von 1871 – ohne Österreich.

© Gemälde von Christian Sell (1872)/picture-alliance/akg-images

Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's Preußenland?
Ist's Schwabenland?
Ist's, wo am Rhein die Rebe blüht?
Ist's, wo am Belt die Möwe zieht?
O nein, nein, nein!
Sein Vaterland muss größer sein!

„Des Deutschen Vaterland“
Ernst Moritz Arndt | 1813

berechtigten klar zu bestimmen. Das ist Aufgabe des Nationalstaates. Er bietet der entwicklungsorientierten Ressourcengemeinschaft ein Gehäuse mit festen Grenzen.

Wirkungsfelder Bei der Frage nach den Wirkungsfeldern der Nation als Solidarverband lassen sich sechs Bereiche unterscheiden, in denen die Ressourcengemeinschaft Nation, als Nationalstaat institutionalisiert, Teilhaberechte und -pflichten verspricht und einfordert. So präsentiert sich die Nation zum ersten als Verteidigungs- und Machtgemeinschaft. Im 19. Jahrhundert entstand kein Nationalstaat ohne Krieg, im 20. Jahrhundert nur sehr selten. Krieg war die stärkste emotionale Kraft, um nationales Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen. Ohne Emotion keine Nation. Zum zweiten wirkt Nation als Rechts- und Politikgemeinschaft. Das Gleichheitsversprechen zielt hier auf Demokratisierung, blieb indes lange auf Männer begrenzt. Nation kommt zudem als Kultur-, Sozial- und Umweltgemeinschaft zum Tragen. Wie Bildung und sozialer Schutz für alle erreicht werden soll, blieb bis heute umstritten und variiert von Staat zu Staat. Umweltpolitik übersteigt den Nationalstaat, doch ihm obliegt es, grenzüberschreitende Regelungen zu vereinbaren. Ferner ist Nation eine Wettbewerbs- und Leistungsgemeinschaft. Schon das 19. Jahrhundert wurde ein Jahrhundert der Globalisierung. Der Nationalstaat galt als beste Möglichkeit, im globalen Wettbewerb zu bestehen. Das Gleichheitsversprechen der Nation stellte ihn hier unter starken Leis-

tungsdruck. Er zeigte sich im Ausbau des Sozialstaates seit dem späten 19. Jahrhundert ebenso wie nach dem Zweiten Weltkrieg im Systemwettbewerb zwischen liberalen und kommunistischen Ordnungen. Fünftens Nation als Kriegs- und Opfergemeinschaft: Die historische Symbiose von Staat und Krieg führte der Nationalstaat fort und verstärkte sie. Weil er über die gesamte Leistungskraft der Nation verfügte, konnte er zum Hauptakteur im imperialen Wettbewerb werden. Nationalstaaten schufen Imperien, doch das Gleichheitsversprechen Nation ließ sich von den Kolonisierten gegen das Imperium wenden. Daher war der Nationalstaat sowohl Schöpfer als

auch Zerstörer und Erbe von Imperien. Schließlich die Staatsbürgernation und Ethnonation: Die Vorstellung einer typologischen Trennung zwischen Staatsbürger und Ethnonation im mittleren, östlichen und südöstlichen Europa ist von der neueren Forschung verworfen worden. Die Ordnungsmodelle Staatsbürgernation und Ethnonation schlossen sich zu keiner Zeit wechselseitig aus. Sie waren vielmehr historisch in unterschiedlicher Weise verschränkt.

Homogenität Dabei zielte die Idee Nation überall von Beginn an auf Homogenität.

„Eine Nation – ein Nationalstaat“ hieß ihr Ideal. Für Minderheiten war es gefährlich. Was man heute „ethnische Säuberung“ nennt, steht in einer Entwicklungslinie, die auf den Nationalstaat ohne fremdnationale Minderheiten zulief. Mit der Zerstörung der multinationalen Reiche der Habsburger und der Osmanen in den Friedensschlüssen des Ersten Weltkriegs wurde sie zur Richtlinie der internationalen Politik in Europa. Das Ausmaß der „Nationalisierung von Nationalstaaten“, um sie ethnisch homogen zu machen, also die Minderheiten zu assimilieren, auszustoßen, im Extremfall zu vernichten, übertraf im nationalsozialistischen Europa alles, was man

zuvor gekannt hatte. Doch die Ethnisierung der Nation hatte bereits im 19. Jahrhundert eingesetzt, wurde im nationalsozialistischen beherrschten Europa radikalisiert und schließlich durch die neue Staatenordnung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Abschluss gebracht, als über 16 Millionen Menschen umgesiedelt oder vertrieben wurden. Seitdem sind die europäischen Nationalstaaten ethnisch homogener als je zuvor. Staatsbürgernation und Ethnonation haben sich angenähert. Erst mit der Europäischen Union setzte ein gegenläufiger Prozess ein. Das ethnonationale Homogenitätsideal ist keineswegs überwunden, doch scheint es sich zu verän-

dern. Wenn Menschen von einem EU-Staat in einen anderen ziehen, erregt das keine Abwehr, wohl aber Zuwanderung aus nichteuropäischen Räumen. Die Kultur- und Sprachgrenze wird vom Nationalstaat an die Außengrenzen Europas verlagert.

Entstehungswege Bei der Entstehung der Nationalstaaten in Europa sind im 19. und 20. Jahrhundert vier Verlaufstypen von Staatsbildung und -zerstörung zu beobachten. Als erstes zu nennen ist die Vereinigung von Gebieten gleicher Nationalität, ohne sich von einem Staat, Staatenbund oder Imperium trennen zu müssen. Dies war im 19. Jahrhundert so in der Schweiz. Auch hier kam der Nationalstaat im Krieg. Daneben findet sich Vereinigung und Trennung: Staaten einer Nationalität vereinen sich, indem sie ein Imperium oder Staatenbund verlassen. Das galt für den deutschen und den italienischen Nationalstaat. Staaten, die sich der deutschen oder italienischen Nation zugehörig fühlten, vereinten sich zum Nationalstaat, indem sie die Verbindung mit dem Habsburgerreich auflösten. Sezession als Voraussetzung für Vereinigung ging nicht ohne Krieg. Trennung allein prägt den dritten Typus: die Schaffung von Nationalstaaten durch im Krieg erfolgte Abspaltung von einem Staat oder Imperium. So entstanden die meisten Nationalstaaten Europas, von Belgien und Griechenland bis zu den Balkanstaaten, die sich ab dem späteren 19. Jahrhundert vom Osmanischen Reich lösten. Zum vierten erfolgte die Bildung von Nationalstaaten durch die Zerstörung von Imperien. Infolge seiner Niederlage von 1918 zerfiel das Habsburgerreich in sieben Staaten, die sich als Nationalstaaten verstanden, aber zum Teil Nationalitätenstaaten blieben – was künftige Konflikte barg. Aus dem multinationalen Osmanischen Reich ging kriegerisch der türkische Nationalstaat hervor, während andere osmanische Gebiete zunächst Siegermächten zufielen. Unter den Verlierern des Ersten Weltkrieges überlebte nur das russische Imperium in Gestalt des Sowjetimperiums. Erst mit dessen Selbstauflösung entstanden auch auf seinem Gebiet Nationalstaaten. Hier zeigte sich erneut, dass Imperien nicht fähig zur Demokratisierung sind. Weil der Nationalstaat sie verheißt, konnte er zum Erben der aufgelösten Imperien werden.

Kein Sonderweg Angesichts dieser vielfältigen Wege zum Nationalstaat ist es nicht sinnvoll, von einem deutschen Sonderweg zu sprechen. Auch war die deutsche Nation keine „verspätete Nation“ (Helmut Plessner). Sie entstand im Heiligen Römischen Reich und wurde, wie auch anderswo, in der Umbruchszeit um 1800 in Richtung moderne Nation umgeformt. Dass sie als Föderativnation entstand und es blieb, bis der Nationalstaat militärisch erzwungen wurde, teilt sie mit der Schweizer Nation. Der deutsche Nationalstaat war auch kein „verspäteter Nationalstaat“, er entstand wie die meisten Europas im 19. Jahrhundert. Die Kategorie „Verspätung“ weckt zudem die Vorstellung eines Demokratiedefizits, die im europäischen Vergleich nicht zutrifft. Der deutsche Nationalstaat ging in der Demokratisierung nicht voraus, war aber auch kein Schlusslicht. „Verspätet“ war er im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich nur als Kolonialimperium. Dies wurde in der Sonderwegdebatte stets ausgeblendet. Sie sah den britischen und den französischen Nationalstaat in „kleineuropäischer“ Perspektive. Beide waren jedoch die Hauptmächte des imperialistischen „Großeuropas“, das im 19. Jahrhundert entstanden war. Dieter Langewiesche

Der Autor ist emeritierter Professor für neuere Geschichte an der Uni Tübingen.

Die Schwierigkeit des »Nation Buildings«

ÖSTERREICH Kulturell engstens mit Deutschland verwoben, herrscht in der Alpenrepublik ein Bedürfnis nach Selbstvergewisserung

Es gibt diesen legendären Sketch des österreichisch-deutschen Komikerpaars Grisse-mann und Stermann. Sie kommentieren als vermeintlich nach Argentinien ausgewanderte Altnazis das Fußballspiel von Cordoba bei der WM 1978, das Österreich damals sensationell mit 3:2 gegen Deutschland gewann. Für die beiden „Kommentatoren“ haben aber nur Deutsche die Tore geschossen, etwa der „berg-deutsche Bomber“ Krankl, und am Ende gewinnt Deutschland gegen sich selbst mit 5:0. Die Satire beißt deshalb so gut, weil sie gleich zwei wunde Punkte trifft. Der eine ist der liebevoll gepflegte Mythos jenes Fußballspiels von Cordoba, der noch Jahrzehnte danach präsent ist. Kein Sieg ist eben süßer als einer über Deutschland. Der Fußball ist hier nur eine Metapher, in praktisch allen Bereichen schauen die Österreicher auf kein anderes Land so genau wie auf Deutschland und messen sich mit dem großen Nachbarn. Aber im Fußball war es 1978 der erste Sieg seit – ja, seit jenen Jahren, als Hitlerdeutschland sich Österreich

als ein überwiegend williges Opfer einverleibt hatte. Und da sind wir schon beim anderen wunden Punkt. Tatsächlich hat sich Österreich noch sehr lange sehr schwer damit getan, seinen eigenen Standort im Konzept von Nation zu bestimmen. Bis heute kicken in Rot und Weiß „Team-spieler“, nicht „Nationalspieler“. Der berühmte-berühmte Jörg Haider sagte noch 1988: „Die österreichische Nation war eine ideologische Missgeburt.“ Das rief einen Skandal hervor, hinderte ihn und seine rechte Partei FPÖ aber nicht an ständigen Zuwächsen bei Wahlen. Haider in seiner schillernden Art gelang es, nicht zuletzt durch Schüren eines einwandererfeindlichen Sentiments, den auf der äußersten Rechten immer noch vorhandenen Deutschnationalismus in eine Art Österreichchavismus zu überführen. Er wusste, warum: Deutschnational war doch allmählich aus der Zeit gefallen, jedenfalls wenn man politisch über eine Randgruppe hinaus greifen wollte. Aber auch viele Haltungen später ist der FPÖ-Vorsitzende Norbert Hofer Mitglied einer „deutschnationalen“ Burschenschaft. Fragt man, was das bedeutet, erhält man die Antwort, es geht nur um die „Kulturnation“. Dass Deutschland und Österreich kulturell engstens miteinander verwoben sind, bestreitet niemand. Den Spruch, beide trenne



Kein Sieg schmeckt süßer als einer über Deutschland: Der Abpfiff besiegelt bei der WM 1978 Österreichs legendären 3:2-Erfolg in Cordoba.

© picture-alliance/Norbert Rzepka

die gemeinsame Sprache, kann man getrost beiseitelassen. Natürlich spricht man im Rheinland anders als in Österreich, aber ein Kölner versteht einen Oberschwaben vermutlich weniger gut als einen Wiener. Ingeborg Bachmann oder Hugo von Hofmannsthal gehören ebenso zum Kanon der deutschen Literatur wie Günter Grass oder Thomas Mann (oder auch Franz Kafka und Friedrich Dürrenmatt – aber das ist ein weites Feld). Vielen gilt das Burgtheaterdeutsch als Messlatte, die auf allzu vielen deutschen Bühnen gerissen wird.

Auf der anderen Seite zählt es zu den regelmäßig wiederkehrenden Sujets in den Feuilletons österreichischer Zeitungen, dass die österreichischen Spezifika der Sprache an die Wand gedrängt zu werden drohen. Dann wird der Niedergang anhand von „lecker“ und „Tschüs“ angeprangert. Schuld ist das Fernsehen, der große Gleichmacher (was zutreffen mag, aber auch für die Dialekte in Deutschland gilt). Auch im Alltag begegnet es, dass gemäßregelt wird, wer Kartoffeln statt Erdäpfeln ordert. Es kamen schon Aufsätze aus Deutschland

stammender Schüler zurück, in denen das Wort „Stuhl“ rot unterschlängelt war; denn „wir sagen hier immer noch Sessel“. Es gibt also ein Bedürfnis nach Selbstvergewisserung. Nach dem Trauma des „Anschlusses“ war es besonders stark. Da wurde zeitweise sogar das Schulfach, in dem man Lesen, Schreiben und die Literatur lernt, nicht „Deutsch“ genannt, sondern „Unterrichtssprache“. 1955, im Jahr der Wiedererlangung der äußeren Souveränität durch einen Staatsvertrag, sagte der Wiener Historiker Wilhelm Böhm: „Hoffen wir also, dass Österreich, das schon seit 1776 ein Nationaltheater, seit 1816 eine Nationalbank und seit 1921 einen Nationalrat hat, bald auch eine Nation haben wird.“ Friedrich Heer hat den langen „Kampf um die österreichische Identität“ dargestellt, den er 1981 offensichtlich noch nicht entschieden sah. Er arbeitet die Bedeutung der Reformation, die zunächst im größten Teil des heutigen Österreich erfolgreich war, und der Gegenreformation heraus. Die katholisch-absolutistischen Habsburger, besonders Maria Theresia und Joseph II., versuchten, durch Zentralisierung, aber auch durch Kultur und Bildung in ihren so disparaten Landen ein einigendes Band zu schaffen – was man heute „Nation Building“ nennt. Das sollte die slawischen und ungarischen Untertanen einschließen. Für

die gar nicht wenigen in den deutschsprachigen Erbländern, die heimlich Protestanten blieben, war das nicht so attraktiv. Nicht zuletzt (wenn auch keineswegs nur) sie zählten später zu den Trägern des österreichischen Deutschnationalismus. Die Weichenstellung nach 1848 ging in die andere Richtung, die „kleindeutsche“, also ohne Österreich. Als das Habsburgerreich 1918 auseinanderbrach, hätte vermutlich eine Mehrheit in Österreich für eine Zugehörigkeit zum Deutschen Reich optiert, wenn die Siegermächte das zugelassen hätten. Nicht nur auf der Rechten, gerade auch auf der Linken war der neue Staat ungeliebt. „Die österreichische Nation ist ein aus Katholizismus, Habsburger-Tradition und feudaler Barockkultur zusammengebrachter Spuk“, fand SPÖ-Anführer Otto Bauer noch 1937. Ein Jahr später ließ Hitler einmarschieren. Der Jubel auf dem Heldenplatz war groß – aber man vergesse nicht die vielen, die man nicht sah, weil sie nicht jubelten. Österreich brachte viele Täter hervor, aber es war auch ein Opfer Hitlers. Und nichts hat so sehr zu Österreichs „Nation Building“ beigetragen wie die nationalsozialistische Katastrophe. Stephan Löwenstein

Der Autor ist Österreich-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Kriege und Visionen

FRANKREICH Ideale der französischen Revolution verblassten, das blieb auch für die deutsche Nation nicht folgenlos

Das Bild ist bekannt. Adolf Hitler steht in Paris auf der Terrasse der Place du Trocadéro am 23. Juni 1940. Er blickt Richtung Eiffelturm und Dôme des Invalides, wo er danach das Grabmal von Napoleon besuchen wird. Ob er sich vor ihm verneigt hat, ist nicht überliefert. Was hat ihn am französischen Kaiser fasziniert? Kaum ein Jahr später wird er seine Soldaten auf den Spuren des Korsen Richtung Moskau schicken. Und genauso wie Napoleon 1812 wird er im Winter 1942-43 scheitern. 1804 schreibt Beethoven zu Ehren des französischen Kaisers die dritte Symphonie, aus der später Eroica wird, bevor er sich von ihm distanzieren wird, weil er die Ideale der französischen Revolution verraten hat.

Noch nicht lange her, 2006, schmückte eine Werbetafel die Autobahnen im Freistaat Thüringen mit der Überschrift Rendezvous. Darunter eine dreispurige Autobahnschleife in bleu-blanc-rouge. Le bicorne, wie die kaiserliche Kopfbedeckung auf Französisch genannt wird, krönte das Bild. Grund der Napoleon-Mania war die Erinnerung an die Doppelschlacht von Jena und Auerstedt, 1806, wo der kleine Franzose die Preußen in die Knie zwang. Kein Volk feiert gern Niederlagen. Die Thüringer schafften es. Nach der Schlacht verließen sechzehn deutsche Prinzen das Heilige römische Reich deutscher Nation, um dem von Napoleon ins Leben gerufenen Rheinbund beizutreten.

Ein paar Jahre später, 1813, folgten die Befreiungskriege vom 2. Mai bei Lützen oder Grossgörschen bis hin zur Völkerschlacht von Leipzig am 16., 18. und 19. Oktober. Kaum ein Jahr später rief General Blücher

seinen Soldaten zu: „Nach Paris!“ Die zweite Pariser Reise der Deutschen fand bekanntlich 64 Jahre später statt.

Revolution Das zweite deutsche Reich wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles in Anwesenheit der deutschen Fürsten ins Leben gerufen und der König von Preußen als Wilhelm I. zum Kaiser ernannt. Die deutsche Nation wurde Wirklichkeit. Das Elsass fiel als Gottesgabe an Deutschland. Wäre die deutsche Einheit ohne Napoleon zustande gekommen? War Napoleon, also Frankreich, Geburts helfer der deutschen Nation wider Willen?

Am Anfang schreiben wir die Revolution: am 14. Juli 1789 dringt die Botschaft aus dem Pariser Bastille-Gefängnis mit dem Motto liberté-égalité-fraternité, das auf der Fassade aller Rathäuser der Republik eingraviert wurde. Am 26. August folgt die „Déclaration des droits de l'homme et du citoyen“, ein Plagiat der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten vom 4. Juli 1776.

Die französische Revolution hatte auch Schattenseiten: Der Terror forderte hunderttausende Opfer. Da tauchte der kleine Korse auf, räumte auf und putschte sich sozusagen als Republikaner 1804 ins Kaisergewand. War Napoleon mehr als ein gnadenloser Krieger und lange Zeit ein begnadeter Feldmarschall? In ganz Europa hatte er Anhänger sozusagen als Sprachrohr der französischen Revolution, die er nach und nach verraten wird. Wir können Hegel zitieren: „Ich habe den Kaiser gesehen, die Seele der Menschheit!“ Fichte war auch begeisterter Anhänger, bevor er sich gegen ihn wandte zugunsten des deutschen Nationalismus. Natürlich auch Goethe, der



An zahlreichen Stellen in Deutschland und Frankreich wird an Napoleon und die einstigen Schlachten erinnert, wie hier in Jena.



© picture-alliance/ZB/Jan-Peter Kasper

nach der Schlacht von Valmy bekanntlich eine neue Epoche auftauchen sah. Was war passiert? Die Ideen der Revolution geisterten durch Europa. Sogar in Preußen gab es eine französische Partei. Der Mainzer Konvent hatte am 21. März 1793 verkündet: „Die Franzosen und die Deutschen bilden ab sofort ein untrennbares Volk.“ Nicht wenige Mainzer reisten nach Paris und nahmen als „Mayençais“ an den blutigen Kämpfen gegen die „Reaktionäre“ aus der Vendée teil.

Napoleon entstaubte in Europa die feudalen Strukturen. Moderne Verwaltungsstrukturen mit jungen, begabten Beamten prägten die neue Gesellschaft im Rheinbund. Sein Code Civil versprach eine gerechtere Gesellschaft. Er befreite Juden. In Frankreich gilt heute sein Konkordat im Elsass immer noch und trotz der laizistischen Republik, die 1905 ins Leben gerufen wurde und die Trennung von Staat und Kirche besiegelte. Priester, evangelische Pfarrer und Rabbiner werden im Elsass vom Innenminister bezahlt.

Bananenrepublik Der Conseil d'Etat, gegründet 1806, existiert heute noch in Frankreich. Er kontrolliert die neuen Gesetze. Im Dezember 2020 bestätigte er die Schließung der Skilifte wegen Corona! Man vergisst aber zu schnell, dass Napoleons Familienpolitik die Ideale der Revolution schnell verraten hat und Frauenrechte, durch die Revolution erkämpft, rückgängig machte. Die Sklaverei in Übersee führte er sogar wieder ein. Der Diktator ersetzte bald den Befreier. Die Blutspur seiner kriegerischen Phantasie überzog ganz Europa. Wie in einer Bananenrepublik verteilte er die eroberten Gebiete unter seiner Familie. Die Niederlande für Bruder Louis, das so-

genannte dritte Deutschland Westphalen (Rheinbund) für den jüngsten Bruder Jérôme, dessen verballhornter Spitzname „Schrom“ in Nordhessen als Synonym für Schürzenjäger weiterlebt, Italien für Sohn Eugène, Schwester Elisa und Neffe Murat, Spanien für Bruder Joseph. Die modernisierten Regionen wurden im Gegenzug ausgeplündert von Napoleons Familie: Kunstraub an der Tagesordnung. Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor schleppte er nach Paris. Es dauerte nicht lange, bis die politische Faszination sich in Ablehnung verwandelte und dem deutschen Nationalismus einen neuen Aufwind gab. Aus den befreiten Nachbarvölkern wurden nationale Gegner.

Nationalismus Fichte, Jahn und Arndt entpuppten sich als die drei Musketiere des deutschen Nationalismus. „Wie Luther gegen die geistliche Universalherrschaft der römischen Kirche gekämpft hatte, so kämpfte Fichte gegen die beginnende Universalmonarchie Napoleons. Vom christli-

chen Glauben zur Vaterlandsliebe, von der kirchlichen Gemeinschaft zur Nation, war es nur ein kleiner Schritt“, schreibt der Historiker Heinrich August Winkler.

Arndt verlangte 1813 die Rückgabe des Elsass und des deutschsprachigen Lothringens. Deutsch wurde von allen zur Ursprache deklariert. Nicht unähnlich dachten die Jakobiner über die französische Sprache. Als Saint Just Strasbourg besuchte, verkündete er: „Jetez vos habits allemands dans le Rhin, votre coeur est français.“ Da keiner französisch verstand, war die Übersetzung notwendig: „Schmeißt eure deutschen Kleider in den Rhein, euer Herz ist französisch.“ Napoleon dagegen war das Sprachproblem wurscht. Bekannt ist sein Satz: „Mir ist egal, ob die Elsässer französisch parlieren oder nicht. Hauptsache ist, sie säbeln für Frankreich.“ Noch heute sind die Elsässer stolz auf „Napi“, nicht weniger als siebzehneinhalb Generäle schenkte das Ländle zwischen Rhein und Vogesen dem Kaiser.

Napoleon interessierte sich überhaupt nicht für die Völker, die er eroberte. Die vertikale Herrschaftsstruktur dominierte. Die Ideen der Aufklärung verschwanden im Nebel seines autokratischen Geistes. Dazu kam seine Fixierung auf die Engländer, seine Hauptfeinde. Die Kontinentalsperre gegen England ärgerte auch die Geschäftsleute in Deutschland, eine Art umgekehrter Brexit.

Dieses vertikale Denken, die Unmöglichkeit, auf die Bedürfnisse der Völker einzugehen, der Widerstand gegenüber dem föderalistischen Denken im eigenen Land, scheinen tief in der DNA der französischen Machthaber zu stecken, seien sie Könige, Kaiser oder vom Volk gewählte Präsidenten. Seit die Franzosen am 21. Januar 1793

den eigenen König köpften, stieg im Volk immer wieder das Bedürfnis einer republikanischen Monarchie auf, auch wenn das Staatsoberhaupt vom Volk gewählt wird.

Urknall verpasst Die Franzosen haben später ihre Kolonien ausgeplündert. Auch als Besatzungsmacht nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie nicht überall beliebt. Lieber ergaben sich die Überlebenden der Wehrmacht den Engländern und Amerikanern. Macron, überzeugter Europäer, gab sich volksnah, als er kandidierte, er wollte den Staat erneuern, wie Napoleon. Kaum gewählt, veränderte er die Strategie, behauptete, sein Amt sei jupiterhaft. Keine Spur von Verteilung der Macht. Schon rebellierten Alt und Jung und die Gelbwesten brachten seine Macht ins Wanken.

Hat diese Krankheit etwas mit dem französischen Katholizismus zu tun? Frankreich blieb ohne Reformation. Das Land hat den lutherischen Urknall verpasst. Frankreich ging von der Beichtkultur in die Streikkultur über ohne die Streikkultur kennenzulernen. Diese Art der Herrschaft nennt man Bonapartismus, eine französische Krankheit. Lionel Jospin, ehemaliger Premierminister, schrieb ein Buch über „le mal napoléonien“, die napoleonische Krankheit. Aber auch Deutschland brauchte seine Zeit, um die Demokratie als „Deutsche Affäre“, zu festigen, nach dem Titel des Buches von Hedwig Richter. Zwei Weltkriege, Niedergang und Trennung der deutschen Nation, die erst am 3. Oktober 1990 dauerhaft überwunden wurde. Die Geschichte besteht aus einer Reihe von „Lügen, über die man sich geeinigt hat“, schrieb Napoleon einst.

Martin Graff

Der Autor ist freier Journalist im Elsass.

Mehr als Heldenmut und Opferleid

POLEN Mit dem östlichen Nachbarn verbindet Deutschland eine über tausendjährige Geschichte

Polen und Deutsche sind Nachbarn in der Mitte Europas. Dieser Satz, der so schlicht daherkommt, wirft mehr Fragen auf, als er Antworten gibt. Denn Nachbarn können tief verfeindet sein oder innig befreundet. Sie können einander bewundern oder ignorieren, sich verbünden oder bekämpfen. All das hat es in mehr als tausend Jahren gemeinsamer Geschichte zwischen Deutschen und Polen gegeben. Und deshalb würde es auch „das Bild dieser Nachbarschaft grob verfälschen, wollte man die Betrachtung auf die letzten zweihundert Jahre reduzieren“, wie es der Historiker Joachim Rogall formulierte.

Außergewöhnlich friedlich Diese beiden jüngsten Jahrhunderte umfassen das eigentliche Zeitalter der Nationen, aber auch eines zunehmend aggressiven Nationalismus. In der auf Vernichtung zielenden NS-Ideologie fand die Epoche ihren abgründigen Tiefpunkt. Wie groß die Wirkmacht dieser Geschichte noch immer ist, zeigte zuletzt das Deutsch-Polnische Barometer. Mit der Studie wird jährlich die wechselseitige Wahrnehmung der Nachbarn gemessen, und sie wies 2020 eine aufrüttelnde Zahl aus: Nicht einmal ein Drittel der Polen sind der Meinung, dass das historische Leid ihrer Nation ausreichend gewürdigt

wird. Tendenz fallend. Das hat auch mit der Geschichtspolitik der rechtsnationalen PiS-Regierung zu tun. Sie will die eigenen Opfer ins Zentrum stellen und zugleich „ein Ethos polnischer Helden aufbauen“. Leid und Heldenmut verdienen zweifellos Respekt. Zugleich jedoch droht eine Reduktion im Rogallschen Sinn. Deshalb sollte man darauf hinweisen, dass die Nachbarn im Herzen des Kontinents über viele Jahrhunderte hinweg nicht nur außergewöhnlich friedlich nebeneinander lebten, sondern miteinander. Denn ohne diese vornationale Geschichte bleibt das Bild der Nationen verzerrt.

Wie freundschaftlich es zugehen konnte, zeigte sich schon bei der Pilgerreise des römisch-deutschen Kaisers Otto III. im Jahr 1000 nach Gnesen/Gniezno, wo er den polnischen Herzog Boleslaw I. traf. Zu einer Zeit, in der auf Vernichtung zielenden NS-Ideologie fand die Epoche ihren abgründigen Tiefpunkt, spielte die nationale Zugehörigkeit für die geistesverwandten Herrscher kaum eine Rolle. Beide dachten in den Kategorien eines christlichen Universalreiches, und so ging die kirchliche Selbstständigkeit Polens im „Akt von Gnesen“ der Königskrönung Boleslaws 1025 lange voraus. Auch unterhalb der Herrscherebene ging es partnerschaftlich-produktiv zu. Die mittelalterliche Ostiedlung, die Historiker

im nationalen Zeitalter zu einem „deutschen Drang nach Osten“ stilisierten, war doch zum Nutzen beider Seiten. Sprach-austausch und Techniktransfer, Städtegründungen und wirtschaftlicher Aufschwung waren die Folgen. In der frühen Neuzeit war es Polen-König Jan III. Sobieski, der 1683 im siegreichen Kampf gegen die Osmanen vor Wien den Oberbefehl über ein kaiserlich-polnisch-deutsches Heer führte.

Drei Teilungen Was blieb vom Miteinander? Ausgerechnet in der Epoche der Aufklärung machte sich Preußenkönig Friedrich der Große gemeinsam mit der russischen Zarin Katharina daran, das innenpolitisch geschwächte Polen zu annektieren. Österreichs Habsburgermonarchie schloss sich an. In den Teilungen von 1772, 1793 und 1795 tilgten die „drei Schwarzen Adler“ die Adelsrepublik von der politischen Landkarte Europas. Das Zeitalter der Nationen, das 1871 die Einigung Deutschlands zum Kaiserreich erlebte, kannte über weite Strecken keinen unabhängigen polnischen Staat. Diese Nichtexistenz hat tiefe Spuren hinterlassen. Die mangelnde Würdigung der polnischen Geschichte, die im Land schmerzhaft empfunden wird, hat ihre Wurzeln in der Teilungszeit. Gut bekannt ist der Beginn der Nationalhymne, die damals entstand:

Es braust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwertgeklirr und Wogenprall:
Zum Rhein, zum Rhein,
zum deutschen Rhein!
Wer will des Stromes Hüter sein?
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht,
die Wacht am Rhein!

„Die Wacht am Rhein“
Max Schneckenburger | 1840

Anzeige

Anzeige

Weimar als Aufbruch zur Demokratie



Aufbruch zur Demokratie
Die Weimarer Reichsverfassung als Bauplan für eine demokratische Republik
Herausgegeben von Prof. em. Dr. Rüdiger Voigt
2020, 1.058 S., geb., 148,-€
ISBN 978-3-8487-5783-1

Ausgehend vom Prinzip der Volkssouveränität sollte Deutschland mit der Weimarer Reichsverfassung demokratisch, sozial und rechtsstaatlich sein. Zwar begünstigte das Verhältniswahlrecht kleine Parteien und erschwerte damit die Regierungsbildung. Letztlich gescheitert ist die Weimarer Republik aber vermutlich am Fehlen der sozioökonomischen Grundlagen.

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bunte Republik

STAATSBÜRGERSCHAFT Jedes Jahr lassen sich mehr als 120.000 Menschen in Deutschland einbürgern. Vor 20 Jahren reformierte Rot-Grün das Staatsbürgerschaftsrecht grundlegend: Seither gilt neben dem Abstammungs- auch das Geburtsortprinzip.



Vierorts gibt es zentrale Einbürgerungsfeiern für die Neubürger, wie hier 2017 im Abgeordnetenhaus Berlin.

© picture-alliance/Silas Stein/dpa

An seinen ersten Gedanken, als er in Deutschland ankam, kann sich Khaled Hussein noch genau erinnern. „Ich war überrascht, wie ruhig es ist“, sagt der heute 30-Jährige lachend. Damit meint er nicht etwa einen abgelegenen Park, sondern die Ankunftshalle im Frankfurter Flughafen. In arabischen Ländern werde auf Flughäfen überall herum geschrien, sagt er. Es war ein warmer Sommertag 2009, als er - voller Hoffnung - aus Syrien zum Studium in Frankfurt ankam. Deutsch hatte er bereits in seinem Heimatort nahe der Großstadt Idlib gelernt. Hussein ist dankbar über die Chancen, die er in Deutschland bekommen hat. Von einer Willkommenskultur will er aber auch nicht sprechen. „Ich musste mir immer nur selbst helfen“, sagt er.

Bis zur Einbürgerung 2017 war es dennoch ein langer Weg, obwohl Hussein alle Bedingungen mustergültig erfüllt. Er spricht akzentfrei Deutsch, verdient seinen Lebensunterhalt selbst, ist nie straffällig geworden und hat einen inzwischen gesicherten Aufenthaltsstatus. Für seine Einbürgerung findet Hussein nur ein Wort „Erleichterung“. Er erinnert sich noch genau an den Augenblick, als ihm die Einbürgerungsurkunde überreicht wurde. „Damit hatte ich erstmals eine richtige Perspektive“, sagt er nachdenklich. Rund 128.000 Menschen erhielten 2019 die deutsche Staatsbürgerschaft. Mit etwa 16.200 kamen die meisten von ihnen aus der Türkei, gefolgt von Großbritannien,

Polen, Rumänien, Irak und Italien. Erst auf Platz zehn folgt Syrien. Viele Briten haben aufgrund des Brexits einen deutschen Pass beantragt. Die Statistik besagt außerdem, dass alle Einbürgerungswilligen im Durchschnitt vorher rund 17 Jahre in Deutschland gelebt haben und im Durchschnitt 34 Jahre alt sind. Die Statistik sagt allerdings nichts über die Schicksale, die dahinter stehen. Hussein studierte Bauingenieurwesen, erst in Aachen und dann in Essen. Neben dem Studium jobbte er für seinen Lebensunterhalt – auf dem Bau, auf Messen und in Ingenieurbüros. „Ich habe nie einen Cent vom Staat bekommen“, betont er. Schon in Syrien war er gegen das Regime von Präsident Baschar al Assad aktiv und wollte auf keinen Fall den dreijährigen obligatorischen Militärdienst absolvieren. „Für fast alle meine Klassenkameraden war das der

Grund, das Land zu verlassen“, sagt er. Auch in Deutschland sei er auf Demos und Veranstaltungen gegangen. „Da waren ganz sicher auch immer syrische Geheimdienstmitarbeiter dabei“, ist Hussein sicher. Sein Name ist in den sozialen Medien bekannt, er unterstützt auch Regimegegner in Syrien. In dem zermürbenden Kreislauf zwischen immer begrenzten Aufenthaltsgenehmigungen und den Schikanen, seinen syrischen Pass verlängern zu müssen, beantragt er politisches Asyl. 2014 hat er in Dortmund bei einem Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration seine Anhörung. „Als der Mitarbeiter mir sagte, dass ich politisches Asyl bekomme, kamen mir vor Erleichterung die Tränen“, sagt Hussein. Für ihn war es der erste Schritt, um auch rechtlich in seiner neuen Heimat Deutschland anzukommen und eine Zukunft aufbauen zu können.

Grundlegende Reform Unter der rot-grünen Koalition wurde im Jahr 2000 das Staatsbürgerschaftsrecht grundlegend verändert. Die Reform des in seinen Prinzipien aus dem Jahr 1913 stammenden wilhelminischen Einbürgerungsrechts war längst überfällig. Erstmals wurde neben dem alten Abstammungsprinzip das Geburtsortprinzip eingeführt. Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern können somit die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Das Gesetz enthielt auch die weitgehende Hinnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft. All diese Änderungen sollten der Realität eines modernen Einwanderungslandes entspre-

chen. Vor allem an der „Doppelpass-Frage“ entzündete sich ein heftiger politischer Streit zwischen Koalition und Opposition. In Erinnerung ist noch die von CDU und CSU initiierte bundesweite Unterschriftenkampagne unter dem Motto „Ja zur Integration – Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft“. In deren Ergebnis gewann Roland Koch (CDU) die Landtagswahl in Hessen und es änderten sich die Machtverhältnisse im Bundesrat. Am Ende wurde die „Vermeidung der Mehrstaatigkeit“ im Gesetz festgeschrieben.

In der Praxis betrifft das mehrheitlich türkische Menschen. Denn viele Länder wie Afghanistan, Libanon, Syrien und andere entlassen nicht aus der Staatsbürgerschaft, jedoch die Türkei. Auch EU-Bürger brauchen zunächst ihre „alte“ Staatsangehörigkeit nicht aufgeben. Die Grünen fordern deshalb schon seit langem Erleichterungen bei der Einbürgerung und die Aufhebung des Grundsatzes „Vermeidung der Mehrstaatigkeit“.

„Für die Generation der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die jetzt im Rentenalter ist, fände ich es eine überfällige Anerkennung ihrer Leistungen“, sagt die Sprecherin für Migration und Integration der Grünen-Fraktion im Bundestag, Filiz Polat. Sie weist auf ihren Vater, der seit den 1960er Jahren in Deutschland lebt und als Chirurg gearbeitet hat. „In ihm schlagen nun ein-

mal zwei Herzen. Er würde sich sofort einbürgern lassen“, sagt Polat. Ein weiteres Problem sieht Polat in der wachsenden Anzahl – inzwischen fast zwölf Prozent – von in Deutschland lebenden Menschen, die nicht wählen dürfen. „Wir erleben, dass in Großstädten, zunehmend aber auch im ländlichen Raum, für Menschen das demokratische Prinzip der Gleichbehandlung nicht mehr gewährleistet ist, weil große Teile nicht wahlberechtigt sind“, sagt sie. Inzwischen gebe es auch zunehmend Rückschritte, dass Einbürgerung erschwert und bürokratisiert werde.

Im Juli 2019 stimmte der Bundestag über eine Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts ab. Eingebürgert wird nur derjenige, der sich den „deutschen Lebensverhältnissen“ anpasst. Viele soziale Verbände, Flüchtlingsorganisationen und auch die Grünen protestierten gegen die Reform und befürchteten Behördenwillkür. „Integration heißt bei uns nicht Assimilation oder die Annahme einer bestimmten Lebensweise“, stellt Polat klar.

Für den stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Frei geht es bei der Gesetzesänderung um pure Selbstverständlichkeiten und keine Verschärfungen. „Das betrifft den Entzug der Staatsangehörigkeit bei Terrorkämpfern mit Doppelpass und den Ausschluss von in Viehelen lebenden

Personen. Wenn man Deutscher werden will, kann man nicht gleichzeitig Terrorkämpfer oder in einer Mehrehe sein. Das passt nicht zu unserem Gesellschaftsbild und zu unseren Gesetzen“, sagt er. Zudem ist für eine Einbürgerung eine geklärte Identität notwendig. „Auch das ist aus meiner Sicht eine pure Selbstverständlichkeit. Wenn ein Staat seine Staatsbürgerschaft vergibt, will er natürlich wissen an wen“, sagt der CDU-Innenexperte. Jedem sei klar, dass die Gesetzesänderungen nur einen kleinen Personenkreis betreffen.

Frei sieht keinen Grund, die Einbürgerung attraktiver zu machen. „Wir haben ein sehr großzügiges Einbürgerungsrecht, das es demjenigen, der sich einbürgern will, auch leicht macht“, sagt er und fügt hinzu: „Man muss klar sagen, die deutsche Staatsangehörigkeit ist kein Ramschartikel, den man anpreisen müsste.“ Anders als bei den Grünen sehe er die Einbürgerung nicht als Ausgangspunkt der Integration. „Da muss die Integration schon weit fortgeschritten sein“, betont Frei.

Beim Thema Einbürgerung prallen oft emotionale Aspekte mit Verwaltungsvorschriften aufeinander. Fördert die Einbürgerung Integration oder ist sie eher ein Verwaltungsakt? Was hat der Wechsel der Nationalität mit Identität oder gar mit Heimat zu tun? Hussein sagt: „Ich musste nichts aufgeben, aber ich habe etwas dazubekommen.“

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

„Ich musste nichts aufgeben, aber ich habe etwas dazubekommen.“

Khaled Hussein

»Müssen Juden etwas Besonderes leisten, um anerkannt zu werden?«

INTERVIEW Marina Chernivsky forscht seit Jahren zu Antisemitismus und vermisst die selbstverständliche Präsenz des Jüdischen im Alltagsleben

Frau Chernivsky, dieses Jahr erinnern wir an 1.700 Jahre jüdische Geschichte in Deutschland. Welche Wissenslücken gibt es in diesem Zusammenhang vor allem zu schließen?

Es gibt ein pulsierendes jüdisches Leben in Deutschland: Doch die Geschichte setzt einen Rahmen, der die Wahrnehmung von und die Beziehung zu Juden und Jüdischem bis heute reguliert. Daher geht es nicht nur um Wissen, sondern auch um Beziehungen oder auch Beziehungslücken und auch um die Schwierigkeit, sich auf Menschen hinter einem Thema einzulassen. Juden werden oft historisch gedacht, nicht als Individuen, die hier und jetzt leben. In vielen Medienberichten werden Juden oft von hinten gezeigt, ohne Gesicht, mit einer Kippa auf dem Kopf. So etwas verfestigt diesen Blick. Diese Abspaltung wirkt dann so tief, dass es offenbar viele externe Maßnahmen braucht, um die Kontinuität und Normalität des Jüdischen im Deutschen aufzuzeigen.

Nun wird ja andererseits oft auf die umfangreichen Spuren der deutschsprachigen Juden in Literatur, Musik und Politik verwiesen.

Aber was ist mit den Juden, die Schuster, Schneider oder Verkäufer waren? Was ist mit ihrem Beitrag? Und müssen Juden etwas Besonderes leisten, um anerkannt zu werden? Die gesellschaftliche Akzeptanz misst sich nicht an diesen Spuren, sondern an der Bereitschaft, jüdische Präsenz als dazugehörig anzuerkennen. Dass es in der Realität noch ganz anders ist, zeigt sich im Alltag von Bildungseinrichtungen. Auch jüdische Feste in Kitas und Schulen endlich selbstverständlich „im Blick zu haben“, wäre ein erster Schritt. Sonst bleiben die jüdische Tradition und damit auch die Menschen dahinter unsichtbar.

Wie hat es die erste Generation nach 1945 überhaupt geschafft, im Land der Täter zu bleiben? Noch dazu in einer Zeit des Schweigens über die Geschichte von Vernichtung und Vertreibung.

Ich denke, dass es eine Art Arrangement war. Viele Menschen waren von dem Willen getrieben, zu überleben und ihren Kindern ein halbwegs normales Leben zu ermöglichen. Viele Überlebende waren von Krieg und Verfolgung gezeichnet. Ihre Ver-

lusterfahrungen waren massiv, aber sie sind damit auf unterschiedlichste Weise umgegangen. Diesen Schmerz haben sie auch an ihre Kinder weitergegeben. Ein Genozid wirkt anders als eine Naturgewalt. Dabei geht es nicht „nur“ um einen massiven Eingriff in die physische und psychische Integrität eines Menschen, sondern um die soziale Identität einer ganzen Gemeinschaft. So etwas wirkt lange nach. Gleichwohl waren weder die erste Generation noch ihre Nachkommen eine homogene Gruppe.



Marina Chernivsky

Finden Sie es problematisch, dass auch heute noch so oft von „Deutschen und Juden“ die Rede ist?

Menschen brauchen Selbstbestimmungsräume und das Recht, sich so zu sehen, wie sie sich sehen wollen und können. Letztlich ist das nicht nur eine individuelle Entscheidung, sondern eine kollektive, die durch die gesellschaftlichen Prozesse stark normiert wird. Juden, die hier leben, sehen sich zum Teil als Juden in Deutschland, jüdische Deutsche, deutsche Juden. Wichtig ist für mich, dass es Menschen sind, die hier mitten in dieser Gesellschaft Antisemitismus erfahren, der viel zu häufig banalisiert wird.

Die jüdischen Gemeinden haben sich durch Zuwanderung in den vergangenen 30 Jahren sehr gewandelt. Inwiefern kann man da überhaupt von einer Art „deutschem Judentum“ sprechen und muss man das überhaupt?

Die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion hat die Topographie und Demographie der Gemeinschaft auf den Kopf gestellt. Aber es gibt auch andere Gruppen, die dazu kommen – Israelis, US-amerikanische Juden zum Beispiel. Sowohl in als auch neben den Gemeinden entstehen alternative Räume für jüdischen Diskurs.

Diese Frage ist meiner Ansicht nach noch nicht zu Ende diskutiert. Angesichts der Verdichtung der Bedrohung durch Antisemitismus entstehen womöglich neue Fragen, die drängender sind. Deshalb würde ich denken, dass die Diskussion um die nationale Zugehörigkeit etwas überholt ist. In Deutschland als Migrationsgesellschaft steht die Frage im Fokus: Wer wird mitgedacht und wer nicht? Sind Menschen mit Migrationsbiografien und deutschem Pass deutsch genug? Die Debatte um Juden als Deutsche darf nicht losgelöst von diesen Fragen geführt werden.

Identitäten sind komplex und verändern sich. Wie hat sich der Bezug zu einem Ereignis wie dem Holocaust über die Jahre verändert?

Das ist nicht so pauschal zu beantworten. Aber es gibt auch so etwas wie die Post-Shoah-Identität, die sich nicht ausschließlich dadurch definieren lässt. Was Jüdinnen und Juden denken und fühlen, wie sie sich mit ihrer Identität auseinandersetzen, bleibt oftmals unsichtbar. Es lohnt sich aber, genauer hinzuhören, um zu begreifen wie ausdifferenziert diese Identitäten sind. Nicht zuletzt braucht es ein Sicherheit ge-

ben, solidarisches Umfeld, um sich ohne Vordruck bewegen zu können.

2019 wurden rund 2.000 antisemitische Straftaten registriert. Nehmen Sie eine wachsende Entfremdung gegenüber Deutschland in der Community war?

Immer noch sind viele Vorstellungen von Juden antisemitisch konnotiert und in der Gesellschaft unter anderem in Form von Verschwörungsmythen tief verankert. Bis vor wenigen Jahren waren viele hier lebenden Juden jedoch zuversichtlich, als Minderkeits Teil der politisch stabilen, demokratischen Gesellschaft zu sein. Heute sehen sie aber, wie dünn das Eis der Erkenntnis ist. Gleichwohl dürfen Juden nicht weiter als passive „Opfer“ wahrgenommen werden, sondern als handelnde Akteure, deren Expertisen in der Bekämpfung von Antisemitismus unverzichtbar sind.

Das Gespräch führte Claudia Heine. ■

Marina Chernivsky, Psychologin und Verhaltenswissenschaftlerin, forscht unter anderem zu Antisemitismus. Sie leitet das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment, dessen Träger die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ist.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Singen gegen die Herrschenden

NATIONALHYMNE Alternativen zum Deutschlandlied kamen auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gut an

Als August Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1841 auf der Insel Helgoland „Das Lied der Deutschen“ schrieb, gab es noch kein Deutschland. Es gab viele selbstständige deutsche Länder. Aber die von oft überheblichem Nationalstolz begleitete napoleonische Besatzung hatte im deutschen Bürgertum ein Nationalgefühl wachsen lassen, dem die deutschen Fürsten nach den Befreiungskriegen in keiner Weise gerecht geworden waren. Auf dem Wiener Kongress 1814/15 hatten sie anstelle des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches gerade noch eine lose Konföderation zustande gebracht, den Deutschen Bund. Je länger dieser Zustand anhielt, umso mehr wuchs der Unmut. Also setzte Hoffmann dem Souveränitätsanspruch der Fürsten ein trotziges „Deutschland über alles“ entgegen. Ein Herrschaftsanspruch über andere Nationen, wie später hineingelesen, war diese Zeile nicht. Ebenso wenig ist „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ imperialistisch, es umreißt schlicht die seinerzeit zum Deutschen Bund gehörenden Gebiete.

Heuss wollte sich in der Frage der Hymne nicht überfahren lassen.

Preußische Hymne Im damaligen Europa hatten nur Frankreich und die Niederlande eine Nationalhymne, ansonsten wurden Hymnen zur Huldigung des Herrschers gesungen. Im Heiligen Römischen Reich war das zuletzt das 1797 von Josef Haydn komponierte „Gott erhalte Franz den Kaiser“, das danach zur österreichischen Kaiserhymne wurde. Indem Hoffmann sein Lied der Deutschen auf diese Melodie textete, knüpfte er bewusst an das Reich an. Der Deutsche Bund hatte keine Hymne und brauchte auch keine, weil er kein Staat war. Später, im Deutschen Reich von 1871, wurde die preußische Königshymne „Heil Dir im Siegerkranz“ zur Melodie von „God save the king“ als Kaiserhymne weitergesungen. Im Volk dagegen erfreute sich Hoffmanns Deutschlandlied, wie es inzwischen auch genannt wurde, wachsender Beliebtheit. In der ersten deutschen Republik, nach Weltkrieg und Revolutionswirren, wurde es schließlich zur Nationalhymne. Wenn auch mit Verzögerung. Erst am 11. August 1922, dem dritten Jahrestag der Weimarer Verfassung, erklärte Reichspräsident Friedrich Ebert in einer in zahlreichen Zeitungen abgedruckten Ansprache: „Einigkeit

und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; es soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten.“ Die Entscheidung wurde in weiten Teilen der Öffentlichkeit begrüßt. Allerdings gab es auf der Linken schon damals Kritik an dem als imperialistisch empfundenen Tonfall der ersten Strophe. Diese imperialistische Empfindung teilten die Nationalsozialisten offensichtlich: Nach ihrer Machtergreifung sangen sie die erste Strophe gern und laut. Aber auch nur die erste. Wie schon ihre Weimarer Vorläuferin hatte auch die Bundesrepublik Deutschland in den ersten drei Jahren ihres Bestehens keine Hymne. Und das ist nicht verwunderlich. Dass nicht mehr „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen werden konnte, verstand sich von selbst. Aber auch die Melodie war kontaminiert. Zwölf Jahre lang war das Deutschlandlied stets in Verbindung mit der NS-Parteihymne, dem Horst-Wessel-Lied, gespielt worden, und das zu unzähligen Anlässen. Wenn nun die Deutschen die Melodie von Josef Haydn hören würden, würde sich da in ihrem inneren Ohr nicht unvermittelt „Die Fahnen hoch“ anschließen?

Rehabilitationsversuch Doch der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer, zu Weimarer Zeiten führender Zentrums-Politiker und als Paneuropäer des Nationalismus unverdächtig, wollte das Deutschlandlied rehabilitieren. Am 18. April 1950 forderte er nach einer Rede im Berliner Titania-Palast die Zuhörer auf, die dritte Strophe des Liedes der Deutschen zu singen. Bundespräsident Theodor Heuss war darüber alles andere als erfreut und forderte in einer Unterredung am 8. Mai eine Erklärung. Adenauer (CDU) antwortete kleinlaut, er habe nur Oberbürgermeister Ernst Reuter (SPD) zuvorkommen wollen, der nach seiner Rede ebenfalls die dritte Strophe habe anstimmen wollen. Keineswegs habe er einen Vorgriff in der Frage der Nationalhymne beabsichtigt. Im übrigen glaube er selbst nicht, daß die dritte Strophe des Deutschlandliedes sich zur Nationalhymne für die Bundesrepublik eigne. Der Bundespräsident erwiderte dem Unterredungsprotokoll zufolge, er sei keineswegs gewillt, sich in der Frage der Nationalhymne überfahren zu lassen. Im übrigen habe er einen bedeutenden deutschen Dichter



Das Denkmal für Hoffmann von Fallersleben auf Helgoland

© picture-alliance/dpa/Carsten Rehder

geben, eine neue Nationalhymne zu schaffen. Diese „Hymne an Deutschland“ von Rudolf Alexander Schröder zur Musik von Hermann Reutter wurde Silvester 1950 im Anschluss an die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten im Rundfunk ausgestrahlt. Doch sie kam überhaupt nicht an. Dagegen fand die dritte Strophe des Deutschlandliedes immer mehr Zustimmung. Nunmehr trat Adenauer offen für diese ein. Zweimal schrieb er mit Rückenbedeckung des gesamten Kabinetts an Heuss, wobei er am 29. April 1952 vor allem außenpolitisch argumentierte und auf Feinheiten durch das Fehlen einer Nationalhymne verwies. So war bei einem offiziellen Anlass das Karnevalslied „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“ gespielt worden. Nun gab sich der Feingeist Heuss dem Realpolitiker Adenauer geschlagen. In seiner Antwort vom 2. Mai schrieb er: „Ich habe den Traditionalismus und

sein Beharrungsbedürfnis unterschätzt.“ Der Briefwechsel wurde im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, die Entscheidung gilt damit als rechtlich verbindlich und die dritte Strophe des Deutschlandliedes ist seither offizielle Nationalhymne. Was nicht etwa heißt, dass die anderen beiden Strophen verboten sind, aber sie sind nur einfaches, weiterhin umstrittenes Liedgut. In der DDR gingen derartige Entscheidungen schneller. Bereits kurz vor der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 entschied das Politbüro der SED, eine Nationalhymne in Auftrag zu geben. Johannes R. Becher schrieb daraufhin einen Text, Hanns Eisler komponierte die Melodie dazu. Am 5. November 1949 beschloss der Ministerrat der DDR, am 8. Februar 1950 die Provisorische Volkskammer, dieses Lied zur „deutschen Nationalhymne“ zu erheben: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.“ Letzteres

wollte zu Beginn der Siebziger Jahre nicht mehr zur inzwischen verfochtenen Zwei-Staaten-Politik passen. Ab etwa 1972 erklang nur noch die Instrumentalfassung, der Text verschwand stillschweigend in der Versenkung. Bis in den Wendemonaten

Schwarz ist der Himmel,
Rot ist die Erde
Gold sind die Hände
der Bonzenschweine
Doch der Bundesadler
stürzt bald ab
Denn Deutschland,
wir tragen dich zu Grab.
„Deutschland muss sterben“
Slime | 1981

1989/90 Demonstranten „Deutschland einig Vaterland“ skandierten. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 war das Deutschlandlied die gesamtdeutsche Nationalhymne. Zwar gab es davor und danach Forderungen nach einer anderen Hymne. Unter anderem wurde die von Berthold Brecht 1950 als Alternative zum Deutschlandlied geschriebene Kinderhymne mehrfach ins Gespräch gebracht, mit Passagen wie „dass ein gutes Deutschland blühe wie ein gutes andres Land“. Bundespräsident Richard von Weizsäcker stellte am 19. August 1991 in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl, das zusammen mit dessen zustimmender Antwort wiederum im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, klar: „Die 3. Strophe des Liedes der Deutschen von Hoffmann von Fallersleben mit der Melodie von Joseph Haydn ist die Nationalhymne für das deutsche Volk.“ Peter Stütze |

Ein Zufall bescherte Deutschland seine Fahne

FLAGGENGESCHICHTE Schwarz-rot-goldene Uniformfarben der Studenten in Jena wurden zum Einheitssymbol

Ein Zufall hat Deutschland seine Farben beschert. Das Lützowische Freikorps, das unter preußischem Kommando gegen Napoleon kämpfte, trug schwarze Uniformen mit roten Aufschlägen und goldenen Knöpfen. Aus dem Krieg zurückgekehrte Studenten, die 1815 in Jena die erste Burschenschaft gründeten, behielten diese Uniformen bei und machten deren Farben, die sie auch für die des alten Reiches hielten, zu den ihren. Verbittert darüber, wie Napoleon deutsche Landesfürsten für seine Zwecke hatte einspannen können, forderten die Burschenschafter die deutsche Einheit. Zugleich waren sie inspiriert von der Französischen Revolution, weshalb die Farben Schwarz, Rot und Gold bald in Gestalt einer Trikolore auftauchten, einer Fahne mit drei Bahnen. Anfang März 1848 machte der Bundestag in Frankfurt, die Gesandtenversammlung der deutschen Staaten, der zunehmend unruhigen Bürgerschaft ein taktisches Zugeständnis, indem er die zuvor verbotene schwarz-rot-goldene Trikolore zur Flagge des bisher flaggenlosen Deutschen Bundes erklärte.

Preußens Fahne Der Deutsche Bund zerfiel im Krieg 1866, und der neue Norddeutsche Bund gab sich eine Trikolore, in der das Schwarz-Weiß Preußens und das Weiß-Rot der Hansestädte zu Schwarz-Weiß-Rot verschmolzen. Dabei blieb es 1871, als nach dem Beitritt der deutschen Staaten außer Österreich, Liechtenstein und Luxemburg das Deutsche Reich wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte die Weimarer Republik zur älteren Trikolore zurück. Wie kontrovers die Entscheidung war, zeigt allein der Name „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ des Kampfverbandes von SPD, Zentrum und DDP, der gegen demokratische Milizen wie SA und Roten Frontkämpfer-Bund antrat. Der Weimarer Flaggenstreit tobte, bis 1933 wieder die schwarz-weiß-rote Trikolore wehte, er



Eröffnung der Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main im Mai 1848 unter schwarz-rot-goldenen Fahnen

© picture-alliance/dpa

gänzt und ab 1935 ersetzt durch die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne. Für die Zeit nach Hitler entwarf Josef Wirth vom Widerstandskreis des 20. Juli 1944 eine Flagge mit skandinavischem Kreuz in Schwarz und Gold auf rotem Grund, mit der er rechte wie linke Nazigeegner einzubinden hoffte. Nach dem Krieg konnte sich der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee nur auf die Farben einigen, erst der Parlamentarische Rat in Bonn entschied gegen eine von Konrad Adenauer

vorgeschlagene Variante der Wirmer-Flagge und für die Trikolore. Ins Grundgesetz schrieb er lediglich: „Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold“ (Art. 22). Für manch Nationalgesinnten blieb Schwarz-Rot-Gold noch lange ein rotes Tuch. Die Wirmer-Flagge ist seit einiger Zeit auf Demonstrationen zu sehen. Auch in der Sowjetischen Besatzungszone war die Flaggenfrage zunächst offen. Deutsche Kommunisten hätten, wie schon 1919, am liebsten die Rote Fahne gesehen.

Die Sowjetunion favorisierte jedoch das Schwarz-Weiß-Rot, das sich die von ihr gelenkte Widerstandsgruppe „Nationalkomitee Freies Deutschland“ angeeignet hatte. Für die Bündnispolitik der SED erschien dann aber Schwarz-Rot-Gold zweckmäßiger. So kam es, dass ab 1949 beide deutsche Staaten identische Flaggen hatten, bis die DDR 1959 ihr Staatswappen, Hammer und Zirkel im Ährenkranz, einfügte. In der Wendezeit 1989/90 schnitten Demonstranten das Emblem einfach heraus. pst |

Gewisse Nüchternheit

FEIERTAG 3. Oktober erinnert an das DDR-Beitrittsdatum

Unser Nationalfeiertag, den wir als „Tag der Deutschen Einheit“ begehnen, hat eine verhältnismäßig kurze Geschichte. In den USA feiern die Amerikaner seit 1777 den 4. Juli als Unabhängigkeitstag. Die Franzosen erklärten im Jahr 1880 den 14. Juli zum Nationalfeiertag, zum Gedenken an den Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789, der die Französische Revolution einleitete. Den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober gibt es jedoch erst seit 30 Jahren. Der Einigungsvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik bestimmte dieses Datum zum gesetzlichen Feiertag. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause hatten das Vertragswerk ausgehandelt. Mit Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem wiedervereinigten Berlin wuchs die Zahl der Bundesländer auf sechzehn. Die Spaltung in zwei Staaten, getrennt durch Mauern und Todesstreifen, war endlich überwunden. Obwohl der 3. Oktober 1990 als Tag der Freude von einer großen Einheitsfeier begleitet wurde, enthält er als Gedenktag den Makel einer gewissen Nüchternheit. Denn während man in Frankreich am 14. Juli der Erstürmung eines Symbols der Unterdrückung gedenkt und in den USA den Geburtstag einer Nation feiert, steht der 3. Oktober in Deutschland für einen Verwaltungsakt, der einen politischen Prozess zu einem formalen Ende gebracht hat. Ausgangspunkt dieses Prozesses war die Friedliche Revolution von 1989, die nach zahlreichen Demonstrationen ihren Höhepunkt mit dem Mauerfall am 9. November hatte. Legendar ist die Pressekonferenz an diesem Tag, auf der SED-Politbüro-Mitglied Günter Schabowski informierte: „Und deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen,

die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen.“ Auf die Zwischenfrage „Ab wann tritt das in Kraft? Ab sofort?“ antwortete Schabowski: „Das tritt nach meiner Kenntnis – ist das sofort, unverzüglich.“ Kurz darauf versammelten sich in Berlin Menschenmassen aus Ost und West an der Grenze und feierten an und auf der Mauer – ein Tag des Glücks für ganz Deutschland. Kein Wunder, dass im Zuge der Wiedervereinigung der Wunsch laut wurde, den 9. November künftig als neuen Tag der deutschen Einheit zu feiern. Der Nationalfeiertag der DDR war hinfällig geworden. Er war von 1950 bis 1989 jährlich am 7. Oktober als „Tag der Republik“ zur Erinnerung an die Gründung der DDR 1949 mit großen Aufmärschen und Militärparaden gefeiert worden. In Westdeutschland gab es bereits mit dem 17. Juni einen Tag der Deutschen Einheit, der daran erinnerte, wie die Sowjetarmee 1953 den Volksaufstand in der DDR niederschlug. Warum konnte aber nicht der 9. November der neue Tag der Deutschen Einheit werden? Es ist ein Schicksalstag der deutschen Geschichte. Die Erinnerung an die Ausrufung der Republik (1918), an den Hitler-Putsch (1923), an die Pogromnacht (1938) – alles Ereignisse, die am 9. November stattfanden – würde das Gedenken an die deutsche Einheit überlagern. Deswegen entschied man sich letztlich für den 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit. Thomas Paulwitz

Der Autor ist Publizist und Chefredakteur der Deutschen Sprachwelt |



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Für die einen Kitsch, für die anderen Heimat: Die Burg Trifels im Pfälzer Wald.

© picture-alliance/imageBROKER/Dierk Boeser

»Annerschtwu is annerscht«

HEIMAT Von der Wiederkehr eines umstrittenen Begriffs in der Politik und dem Kampf um seine Deutung

Warscht du ämol uf de Kalm, oder uf de Dahner Höh...“ Bereits bei der ersten Akkorden fällt das text- und dialektischere Publikum auf dem Dürkheimer Wurstmarkt oder einem anderen der vielen Weinfeste entlang der Deutschen Weinstraße mit ein in das „Palzlied“. Und spätestens bei der zweiten Wiederholung des Refrains singen selbst ortsfremde Besucher mit: „Awwer annerschtwu is annerscht un mit net wie in de Palz.“ Das „Palzlied“ der 1995 gegründeten Musikgruppe „Die anonyme Giddarische“ ist innerhalb nur weniger Jahre zu einer wahren Hymne in der südwestlichen Region Deutschlands avanciert. Besungen werden die Schönheit des Pfälzer Waldes, lange Sommertage an Bagereisen, feucht-fröhliche Weinfeste, die Menschen und ihr Dialekt – und die unvermeidliche Pfälzer Leberwurst. Ein gutes Jahrhundert vor den „Anonyme Giddarische“ sangen die Pfälzer eine ganz ähnliche und doch wieder andersartige Hymne: Das „Pfalzlied“, das 1869 der Schriftsteller Eduard Jost dichtete. Auch damals wurde die Schönheit der Landschaft „am deutschen Strom, am grünen Rheine“ besungen. Weinfeste und Leberwurst sucht man vergeblich im Text, dafür finden sich Burgen, Kirchen und der Speyerer Kaiserdom als Ausdruck abendländischer Geschichte. Im 19. und frühen 20. Jahrhun-

dert entstanden in Deutschland viele solcher Regionalhymnen, die Lokalpatriotismus und Bekenntnis zum „deutschen Vaterland“ vereinen. Manche von ihnen sind auf Volksfesten oder offiziellen Veranstaltungen noch heute zu hören: „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen, Heil Herzog Widukinds Stamm!“ und „Schleswig-Holstein, meerumschlungen, deutscher Sitte hohe Wacht!“, ertönt es im Norden, „Ich grüß’ dich, du Heimat, du herrliches Land. Herz Deutschlands, mein blühendes Hessenland“, wird in Kassel und Frankfurt am Main gesungen, südlich des Mains erschallt „Gott mit dir, du Land der Bayern, deutsche Erde, Vaterland!“. In Gegensatz zum Schleswig-Holstein- und zum Niedersachsen-Lied gelten das Hessenlied

und die Bayernhymne sogar als offizielle Hymnen der beiden Bundesländer und fallen unter den Schutz von Paragraph 90 des Strafgesetzbuch (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole). Ganz gleich ob „Gott mir dir, du Land der Bayern“ oder eben „annerschtwu is annerscht“, egal ob offiziell oder inoffiziell, in all diesen Regionalhymnen dominiert direkt oder indirekt ein Begriff, der seit etlichen Jahren durch die politische Debatte geistert, in den Feuilletons hoch und runter dekliniert wird und trotzdem nur schwer zu fassen, geschweige denn zweifelsfrei zu definieren ist: Heimat. Das Wiedererstarke rechtsextreme und rechtspopulistischer Gruppierungen und Parteien und ihr gebetsmühlenartiges Beschwören von Begriffen wie Patriotismus, Nation, Abendland, Volk und eben auch Heimat hat dazu geführt, dass im gesamten politischen Spektrum wieder alle über den Heimat-Begriff nachdenken und zu ganz unterschiedlichen Antworten kommen. Und sei es nur unter dem Diktum, dass man den Rechten die Heimat nicht überlassen dürfe, wie man das etwa bei den Grünen ausdrückt. Schon 2012 etwa forderte der bayerische Grünen-Politiker Sepp Dürr in einem Streitgespräch mit Umweltminister Marcel Huber (CSU) in der „Zeit“ eine Debatte „ohne Scheuklappen“: Ja, der Begriff sei von den Nationalsozialisten missbraucht worden. Ja, nach dem Krieg habe es die

„schnulzigen Heimatfilme und Heimatromane“ gegeben. Aber diese „unerträgliche Art der Heimatpflege“ sage eben nichts aus „über das Bedürfnis vieler Menschen, sich regional identifizieren zu wollen“. Allerdings, so befand Dürr, brauche es jenseits des bayerischen „mia san mia“ einen offenen Heimatbegriff, der darauf verzichte, Minderheiten zu definieren und auszugrenzen. Prompt entgegnete CSU-Mann Huber, Heimat sei „ein Gefühl von Sicherheit, Geborgenheit, sich unter Menschen aufzuhalten, die gleiche oder ähnliche Maßstäbe haben“. Es gehe um „eine Landschaft, die man schön findet, um Traditionen, um Religion. Wenn das alles zusammenpasst, ist das Heimat.“

Dialekt Im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg demonstriert Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), dass er keine Probleme damit hat, solch unterschiedlichen Heimatgefühle unter einen Hut zu bringen. „Heimat ist die Grundlage für Weltoffenheit“, ist er sich sicher berief 2018 gar eine Dialekttagung ins Stuttgarter Schloss ein. Ihm falle auf, wie viele Migranten Schwäbisch sprechen, schwärmte er im Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“. Dialekt sei „die konsequenteste Form der Integration bei Kindern“ und eben nicht „die Sprache des religiösen oder politischen Pathos“. Deshalb laufe der Dialekt sprecher auch nicht so leicht Gefahr, Nationalist zu werden.

Nach der Bundestagswahl von 2017 wurde die Heimat gar zur Bundesangelegenheit erklärt. So verliebte Horst Seehofer (CSU) nicht nur das Bau-Ressort dem Innenministerium ein, sondern firmierte ab sofort nach bayerischem Vorbild auch als Heimatminister. Und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) initiierte unlängst einen neuen freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz. Solch politisch demonstriertes Heimatgefühl sorgt in der Öffentlichkeit meist eher für amüsierte Kommentare. Allerdings provozierte Seehofers „Heimatmuseum“ auch harte Kritik im linken Spektrum. Der Begriff „Heimat“, so befanden die Herausgeberinnen des Buches „Eure Heimat ist unser Altraum“, Fatma Aydemir und Hengameh Yaghoobifarah, habe in Deutschland nie einen realen Ort, sondern schon immer die Sehnsucht nach einem bestimmten Ideal beschrieben: „Einer homogenen, christlichen weißen Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben, Frauen sich vor allem ums Kinderkriegen kümmern und andere Lebensrealitäten schlicht nicht vorkommen“. In den vergangenen Jahrzehnten habe „Heimat“ den Rechtsextremisten als „Kampfbegriff“ gedient, sei integraler Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie und ohne den Holocaust nicht denkbar. Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen – und zwar unabhängig, ob mit oder ohne Migrationshintergrund – den-

ken Heimat jedoch viel eher im Sinn von Heinrich Heine, der sich um seine Mutter und nicht das Vaterland sorgte. Dies zumindest zeigen die Ergebnisse der repräsentativen „Vermächtnis-Studie 2019“, die „Die Zeit“ gemeinsam mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft erhoben hat.

Familie Konfrontiert mit verschiedenen Aussagen zum Begriff Heimat, stimmten 88 Prozent der Befragten der Aussage „wo ich mich geborgen fühle“ und 80 Prozent der Aussage „wo meine Familie/mein Lebenspartner lebt“ zu. Im Vergleich dazu machten mit 59 Prozent deutlich weniger ihr Kreuz bei der Aussage „Deutschland, mein Land“. Den Aussagen zu gemeinsamer Sprache (56 Prozent), gemeinsamer Kultur (49 Prozent) und gemeinsamer Religion (18 Prozent) stimmten noch weniger Menschen zu. Und nur 32 Prozent sehen ihre Heimat dort, „wo andere Menschen genauso denken, wie ich“. Im Gegensatz dazu fühlen sich 58 Prozent an die Natur und 57 Prozent an Sinneseindrücke wie einen bestimmten Geruch erinnert. Die Heimatgefühle der Deutschen taugen offenbar viel weniger für nationalistische oder gar völkische Töne als mitunter behauptet und behauptet. Sie suchen ihre Heimat lieber mit anderen Menschen auf einem Pfälzer Weinfest – oder eben „annerschtwu“. Alexander Weinlin

»Keine Träne für Dresden«

EXTREMISMUS I Die antideutsche Bewegung innerhalb des linken Spektrums

Für viele Menschen war der Fall der Mauer im Herbst 1989 ein Grund für Freude und Jubel. Aber nicht für alle: Es gab auch Menschen, die das schwarz-rot-goldene Fahnenmeer, in dem kurz darauf die Wiedervereinigung begangen wurde, als Problem ansahen. Die Rede ist von einer der umstrittensten Gruppen innerhalb der radikalen Linken – den sogenannten Antideutschen. Dass diese Bewegung existiert, wird immer wieder in spektakulären Bildern, aber weniger in einer größeren gesellschaftlichen Debatte sichtbar. Dafür ist sie deutlich zu klein. Mit Parolen wie „Nie wieder Deutschland“ verließ die „Radikale Linke“ seit November 1989 ihrer Angst vor einem Wiedererstarke Deutschlands oder gar einem „Vierten Reichs“ Ausdruck. Im öffentlichen Gedächtnis blieben auch Demonstrationen anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens mit Parolen wie „Keine Träne für Dresden“ oder „Bomber Harris, do it again“.

Der Politikwissenschaftler Rudolf von Hüllen führt das Aufkommen der antideutschen Gruppierungen 1989/90 zum einen auf deren Sorge zurück, „dass einem Streben der Deutschen nach Wiedervereinigung zwangsläufig ein imperialistischer Angriff und ein Vernichtungskrieg gegen fremde Ethnien folgen müsse“. Die zweite Wurzel der antideutschen Position finde sich „im Entsetzen über die Gleichgültigkeit linksextremistischer ‚Friedensdemonstranten‘ gegenüber irakischen Raketenangriffen auf Israel“ während des Golfkrieges 1991.

Rolle Israels In den sozialen Netzwerken verzeichnen verschiedene „Antideutsche Aktionen“ heute jeweils Unterstützer im drei- bis unteren vierstelligen Bereich. Als einer der wenigen bekannten konkreten Treffpunkte für die antideutsche Bewegung gilt vielen Beobachtern das umstrittene Leipziger Jugend- und Kulturzentrum „Conne Island“, dem deshalb innerhalb linker Kreise immer wieder ein Rechtsruck unterstellt wird. Dreh- und Angelpunkt des Konflikts zwischen Antideutschen und klassischen Linken ist die Haltung zu Israel. Für das antideutsche Spektrum der linken Szene gilt es als selbstverständlich, dass es nach den Erfahrungen des Holocaust eine Verteidigung des jüdischen National-

staats gegen alle Feinde geben muss. Im „Conne Island“ hängt sinnbildlich dafür ein großes Transparent mit der Aufschrift „Gegen jeden Antisemitismus“. Auch der Kasseler Soziologe Floris Biskamp beschreibt den Konflikt in der linken Szene als einen um die Bewertung Israels und der Muslime: In Israel „sehen Antisemitismuskritikerinnen in erster Linie den Staat der Shoah-Überlebenden“, der gegen antisemitische Feinde um seine Existenz kämpfe. Rassismuskritiker würden dagegen in Israel „eher einen Staat mit kolonialer Vorgeschichte, der die arabische Bevölkerung rassistisch unterdrückt und verdrängt“, sehen. Für Rudolf von Hüllen hat sich das „antideutsche Segment“ im Linksextremismus seit Entstehung der Bewegung „ausdifferenziert“: Es bestehe aus einem „kompromisslos israel-solidarischen“ Flügel um die Zeitschrift „Bahamas“ und das Monatsblatt „jungle world“, in dem „nur noch schwerlich Linksextremisten“ erkennbar seien. Der „antinationale Flügel“ glaube, dass Nationen generell künstliche Konstrukte seien, die zur Ausgrenzung anderer führen. Solche „an anarchistische und kommunistische Utopien anknüpfenden Vorstellungen“ würden auch Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ablehnen. Susanne Kailitz

Verschwörung in den Grenzen von 1937

EXTREMISMUS II Die Reichsbürger-Bewegung im rechten Spektrum

Lange wurden sie als harmlose Spinner mit selbstgebastelten Ausweisen verlacht. Inzwischen nehmen Sicherheitsbehörden und Politik sie sehr ernst: Sogenannte Reichsbürger oder Selbstverwalter, die bestreiten, dass die Bundesrepublik ein legitimer und souveräner Staat ist und ihn und seine Gesetze ablehnen. Zwar ist die Bewegung schon seit Jahrzehnten aktiv; die erste bekannte Organisation wurde schon 1985 gegründet. Doch erst nachdem ein selbsternannter Reichsbürger 2016 einen Polizisten ermordete, wird die extrem heterogene Szene aus Einzelpersonen und Kleingruppen öffentlich zunehmend als Problem wahrgenommen. Im März dieses Jahres ließ Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) den Verein „Ge-einte deutsche Völker und Stämme“ und dessen Teilorganisation „Osnabrücker Landmark“ verbieten. In zehn Bundesländern fanden Razzien statt, dabei wurden Schusswaffen, Baseballschläger, Propagandamaterialien und Betäubungsmittel sichergestellt. Man habe es mit einer Vereinigung zu tun, „die rassistische und antisemitische Schriften verbreitet und damit unsere freiheitliche Grundordnung systematisch vergiftet“, ließ Seehofer wissen. „Verbale Militanz und massive Drohungen gegenüber Amtsträgern und ihre Familien“



Reichsbürger vor dem Reichstag.

würden die verfassungsfeindliche Haltung der Vereinigung belegen. Insgesamt 19.000 Reichsbürger zählt der Verfassungsschutz bundesweit. Besondere Sorge bereitet den Sicherheitsbehörden, dass die zumeist männlichen Reichsbürger besonders waffenaffin sind. 950 von ihnen werden als rechtsextrem eingestuft. 530 Mitglieder der Bewegung haben nach Angaben des Verfassungsschutzes eine Erlaubnis zum Waffenbesitz. Im Februar 2020 ließ der Generalbundesanwalt eine mutmaßliche Terrorzelle aus Reichsbürgern

und Neonazis zerschlagen, die kurz davor gestanden haben soll, Anschläge auf Politiker, Asylbewerber und Muslime zu verüben. Weil es im Gedankengut der Bewegung viele Überschneidungen zu rechtsextremen Theorien gibt, fordern etwa die Grünen eine konsequente Einstufung der gesamten Bewegung als rechtsextrem. Zwar gibt es keine einheitliche Ideologie, der alle Reichsbürger folgen würden. Sie eint aber in der Regel die Überzeugung, die Bundesrepublik existiere formaljuristisch nicht, stattdessen existiere das Deutsche Reich mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 fort. Alternativ werden als gültige Grenzen die des Jahres 1937 gesehen. Das Grundgesetz wird unter dem Verweis, es handle sich dabei nicht um eine Verfassung, nicht anerkannt. Deutschland stehe noch immer unter der Besatzung der „Siegermächte“. Seit dem Beginn der Corona-Pandemie und dem Erstarke der Proteste gegen die Schutzmaßnahmen erhalten diese Verschwörungstheorien ergänzt durch Erzählungen, es gebe eine geheime Elite, die die Welt herrsche, vermehrt Zulauf. Psychologen erklären das mit dem Wunsch nach Orientierung und einfachen Erklärungen in einer komplexen und furchtflößenden gesellschaftlichen Lage. suk



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“ Die Worte des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck vor dem Deutschen Bundestag am 27. Januar 2015 in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus lassen an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“, fügte er in seiner Rede anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee an. Gaucks Amtsvorgänger Roman Herzog hatte den Gedenktag 1996 ins Leben gerufen. Im Jahr 2005 folgten die Vereinten Nationen dem Vorbild und erklärten den 27. Januar zum Internationalen Tag zum Gedenken an die Opfer des Holocaust.

Nicht weniger eindeutig als Gaucks Worte fiel auch im vergangenen Jahr die Mahnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aus: „An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren – das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar, und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewusst zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat“, erklärte sie am 6. Dezember anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Stiftung Auschwitz-Birkenau in der KZ-Gedenkstätte. Und die Kanzlerin warnte eindringlich vor einem „gefährlichen Geschichtsrevisionismus“. In diesen Tagen sei es nötig, das deutlich zu sagen.

»Vogelschiss« Ohne dass die Kanzlerin es ausdrücklich benennen musste, war jedem Zuhörer klar, wo Merkel den „gefährlichen Geschichtsrevisionismus“ verortet. „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“, hatte der damalige AfD-Parteivorsitzende Alexander Gauland beim Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative im Juni 2018 gesagt und damit Fassungslosigkeit in allen anderen Parteien von der Union bis zur Linken ausgelöst. Da half auch der Verweis anderer AfD-Politiker auf das knappe Bekenntnis Gaulands zur „Verantwortung für die zwölf Jahre“ Nationalsozialismus nicht. Auch deshalb nicht, weil Gauland mit seiner Formulierung an die größt-wahnsinnige Fantasterei Hitlers von einem „tausendjährigen Reich“ angeknüpft hatte und es nicht der erste kalkulierte Tabubruch war. Bereits im September des Vorjahres hatte er auf einer AfD-Parteiveranstaltung angeführt, man müsse „uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr. Und das sprechen wir auch aus.“ Damit nicht genug, hatte Gauland nicht weniger gefordert, „als stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.

»Denkmal der Schande« Im Januar 2017 hatte der thüringische AfD-Parteivorsitzende Björn Höcke ebenfalls für einen Eklat gesorgt, als er auf einer Veranstaltung der Jungen Alternative davon sprach, die Deutschen seien „das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“. Die nachträgliche Rechtfertigung Höckers, er habe „den Holocaust, also den von Deutschen verübten Völkermord an den Juden, als Schande für unser Volk bezeichnet“ und nicht das Holocaust-Mahnmal, überzeugte wenig. Immerhin hatte er in der gleichen Rede nicht weniger als eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ eingefordert. Höcke ließ in seiner Rede auch keinen Zweifel, wohin diese „erinnerungspo-

Das dunkle Erbe

GEDENKEN Vom schwierigen Umgang mit der deutschen Geschichte



Eine einsame Besucherin im Stelenfeld des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin.

© picture-alliance/dpa/Jörg Carstensen

litische Wende“ weisen soll. So griff er die Rede von Richard von Weizsäcker aus dem Jahr 1985 vor dem Bundestag zum 40-jährigen Jahrestag des Kriegsende 1945 auf, in der der damalige Bundespräsident den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ bezeichnet hatte. Für Höcke ist die Rede Weizäckers, die vielen als Meilenstein in der deutschen Erinnerungskultur gilt, eine „Rede gegen das eigene Volk“. Höcke knüpfte damit – wohl durchaus bewusst – an Standpunkte an, wie sie auf

dem rechten Flügel der Unionsparteien in den 1980er-Jahren durchaus verbreitet waren. So war Weizäckers Rede beim damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger und anderen Mitgliedern der Fraktion auf schroffe Ablehnung gestoßen. Auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß monierte sich über die „ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe“. Zehn Jahre nach Weizäckers Rede gehörte Dregger zu den etwa 300 Unterzeichnern des

umstrittenen „Appell 8. Mai 1945 – gegen das Vergessen“, der sich gegen die „einseitige“ Betrachtung des 8. Mai als Tag der Befreiung richtete. Dadurch gerate in Vergessenheit, „dass dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes“. Ein solches Geschichtsbild könne „nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewussten

Nation sein“. So klingt die Einschätzung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Mai 2000, „niemand bestreite heute mehr ernsthaft, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen ist – der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, von Völkermord und dem Grauen des Krieges“, angesichts der aktuellen Töne aus den Reihen der AfD reichlich optimistisch. Mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur und dem Gedenken an

die Opfer haben sich die Deutschen nach Kriegsende schwer getan beziehungsweise es sich leicht gemacht. Die DDR hatte sich des Themas schlichtweg entledigt, indem sie sich in eine selbsterklärte Tradition des „Antifaschismus“ stellte und in der Bundesrepublik wollte die Mehrheit der Bürger in den ersten zwei Jahrzehnten am liebsten gar nicht mit dem dunklen Kapitel ihrer Geschichte konfrontiert werden. Da bedurfte es schon der Studentenbewegung in den 1960er Jahren, um eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung einzufordern.

Auch in Fragen des staatlichen Gedenkens mussten die Deutschen mitunter lange Debatten durchlaufen. So sollten 17 Jahre vergehen, bis der 1988 erstmals von der Journalistin Lea Rosh vorgeschlagene Bau eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas realisiert wurde. Erst am 10. Mai 2005 wurde das aus 2.711 Stelen bestehende Holocaust-Mahnmal nach Plänen des Architekten Peter Eisenmann in Berlins Mitte eingeweiht. Vorausgegangen war ein entsprechender Beschluss des Bundestages im Juni 1999 über den Bau des Mahnmals und eines Ortes der Information.

Kohls Alleingang Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte es sich da Anfang der 1990er Jahre noch deutlich einfacher gemacht als er im Alleingang die Gestaltung



der Neuen Wache als zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft beschloss. Auf Kritik stieß die unbestimmte Widmung für die Opfer im Sockel der vergrößerten Bronzeskulptur der Pietà von Käthe Kollwitz. Aber auch die Skulptur selbst, die in der christlichen Tradition der trauernden Muttergottes mit ihrem vom Kreuz abgenommenen Sohn steht, wurde angesichts der Millionen von den Nazis ermordeten Juden als unpassend empfunden.

Heute ist eine solche Gedenkstättenpolitik per einfachem Verwaltungsakt undenkbar. Der Bundestag hat seit dem Beschluss über den Bau des Holocaust-Mahnmal immer wieder intensiv über das staatliche Gedenken in Form von Mahnmälern, Erinnerungsorten, Ausstellungen oder Stiftungen debattiert und einen möglichst breiten Konsens gesucht. Dies gilt auch für das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur, dessen Errichtung der Bundestag 1999 beschlossen hat, oder für den Ende Oktober 2020 beschlossenen Gedenkort für die polnischen Opfer während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg.

In dieser Legislaturperiode debattierte der Bundestag auch mehrfach über den angemessenen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands, die bislang ein weitgehend „blinder Fleck“ in der Gedenk- und Erinnerungspolitik war. Abgeschlossen ist diese Debatte noch lange nicht. Aber auch sie gehört zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Geschichte. Und dieser gehört zur nationalen Identität. *Alexander Weinlein*

»Es ist kein Witz, der alte Fritz ist wieder da«

PREUSSISCHES ERBE Erich Honnecker und die Rückkehr Friedrichs des Großen in die Geschichte der sozialistischen Nation

Ganz plötzlich ist er wieder da und reitet „Unter den Linden“ wie einst gen Osten – zwischen Trabis und Wartburgs. Der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honnecker höchst persönlich gibt 1980 die Order aus, das 13,5 Meter hohe Reiterstandbild Friedrichs des Großen des Bildhauers Christian Daniel Rauch wieder auf dem Mittelstreifen des Berliner Boulevards zu errichten, nur sechs Meter von seinem historischen Standort entfernt, wo es 1851 eingeweiht worden war.

Sieben Jahre nach der Rückkehr ins Ost-Berliner Stadtbild besingt die ostdeutsche Chansonsängerin Gisela May das Reiterdenkmal spöttelnd: „Da sitzt er auf seinem hohen Ross, denkt verwundert, wo ist denn das Schloss. Da steht ein Haus aus Glas und weißem Stein. Wer mag der Herr in diesem Hause sein? Es ist kein Witz, der alte Fritz ist wieder da.“ Der Palast der Republik, das „Haus aus Glas und weißem Stein“ ist inzwischen abgerissen. An seiner Stelle erhebt sich das Humboldt-Forum mit der rekonstruierten Außenfassade des Schlosses.

Eine Selbstverständlichkeit war die Rückkehr des Preußenkönigs nach Berlin wirklich nicht, sondern sichtbarer Ausdruck einer bemerkenswerten geschichtspolitischen Wende, die Anfang der 1980er Jahre

in der DDR vollzogen wurde. Denn eigentlich war Preußen ein historisches No-Go-Area. „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört“, hieß es im alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947.

In der jungen DDR war Preußen das Feindbild schlechthin und galt als Wegbereiter für das nationalsozialistische Deutschland. Für die Figur Friedrich II. galt dies schon deshalb, weil die Nazis den König nicht nur glorifiziert, sondern gar zum „ersten Nationalsozialisten“ erhoben und als Ahnherrn missbraucht hatten. In der Ära von Honneckers Vorgänger Walter Ulbricht wurde mit dem Preußentum denn auch architektonisch aufgeräumt. Das Berliner Schloss wurde ebenso gesprengt und abgerissen wie das Potsdamer Stadtschloss und die Garnisonskirche, das Reiterstandbild Friedrichs demontiert und nach Potsdam verbracht, aus der Quadriga auf dem Brandenburger Tor verschwanden Preußenadler und Eisernes Kreuz.

So ganz gelang die Entpreußifizierung dann aber doch nicht. Ausgerechnet die Neue Wache, Kulisse für die militärischen Wachablösungen seit 1818, wurde restauriert und 1960 zum Mahnmal für die Op-



Das Reiterstandbild Friedrichs des Großen in Berlin, fotografiert 1987.

© picture-alliance/dpa

fer des Faschismus und Militarismus gewidmet. Postiert waren hier seit 1962 zwei Soldaten des Wachregiments Friedrich Engels. Die preußisch wirkende Wachablösung mit Militärmusik und im Stechschritt marschierenden Soldaten avancierte zu einem touristischen Hotspot. Überhaupt überlebten preußische Traditionen in der

DDR am ehesten noch in der Nationalen Volksarmee. Das fing bei ihren Uniformen an, deren Schnitt an die der Wehrmacht anknüpfte, und reichte bis zu den großen Militärparaden. Mit dem Scharnhorst-Orden schuf man zudem ganz bewusst eine Traditionslinie zu jenem preußischen General aus den Befreiungskriegen gegen Na-

tion sein“. So klingt die Einschätzung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Mai 2000, „niemand bestreite heute mehr ernsthaft, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen ist – der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, von Völkermord und dem Grauen des Krieges“, angesichts der aktuellen Töne aus den Reihen der AfD reichlich optimistisch.

Mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur und dem Gedenken an die Opfer haben sich die Deutschen nach Kriegsende schwer getan beziehungsweise es sich leicht gemacht. Die DDR hatte sich des Themas schlichtweg entledigt, indem sie sich in eine selbsterklärte Tradition des „Antifaschismus“ stellte und in der Bundesrepublik wollte die Mehrheit der Bürger in den ersten zwei Jahrzehnten am liebsten gar nicht mit dem dunklen Kapitel ihrer Geschichte konfrontiert werden. Da bedurfte es schon der Studentenbewegung in den 1960er Jahren, um eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung einzufordern. Auch in Fragen des staatlichen Gedenkens mussten die Deutschen mitunter lange Debatten durchlaufen. So sollten 17 Jahre vergehen, bis der 1988 erstmals von der Journalistin Lea Rosh vorgeschlagene Bau eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas realisiert wurde. Erst am 10. Mai 2005 wurde das aus 2.711 Stelen bestehende Holocaust-Mahnmal nach Plänen des Architekten Peter Eisenmann in Berlins Mitte eingeweiht. Vorausgegangen war ein entsprechender Beschluss des Bundestages im Juni 1999 über den Bau des Mahnmals und eines Ortes der Information. Kohls Alleingang Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte es sich da Anfang der 1990er Jahre noch deutlich einfacher gemacht als er im Alleingang die Gestaltung der Neuen Wache als zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft beschloss. Auf Kritik stieß die unbestimmte Widmung für die Opfer im Sockel der vergrößerten Bronzeskulptur der Pietà von Käthe Kollwitz. Aber auch die Skulptur selbst, die in der christlichen Tradition der trauernden Muttergottes mit ihrem vom Kreuz abgenommenen Sohn steht, wurde angesichts der Millionen von den Nazis ermordeten Juden als unpassend empfunden. Heute ist eine solche Gedenkstättenpolitik per einfachem Verwaltungsakt undenkbar. Der Bundestag hat seit dem Beschluss über den Bau des Holocaust-Mahnmal immer wieder intensiv über das staatliche Gedenken in Form von Mahnmälern, Erinnerungsorten, Ausstellungen oder Stiftungen debattiert und einen möglichst breiten Konsens gesucht. Dies gilt auch für das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur, dessen Errichtung der Bundestag 1999 beschlossen hat, oder für den Ende Oktober 2020 beschlossenen Gedenkort für die polnischen Opfer während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg. In dieser Legislaturperiode debattierte der Bundestag auch mehrfach über den angemessenen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands, die bislang ein weitgehend „blinder Fleck“ in der Gedenk- und Erinnerungspolitik war. Abgeschlossen ist diese Debatte noch lange nicht. Aber auch sie gehört zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Geschichte. Und dieser gehört zur nationalen Identität. *Alexander Weinlein*

ria“ ausgestrahlt und der Historiker Ernst Engelberg publizierte eine erstaunlich positive Biografie über Otto von Bismarck, der bislang stets nur als reaktionärer Junker und Feind der Arbeiterklasse angesehen worden war.

Den Höhepunkt in Honneckers Preußen-Begeisterung stellte aber sicherlich das Ansinnen auf die Rückführung der Sarkophage Friedrichs und seines Vaters Friedrich Wilhelm I. von der Hohenzollernburg Hechingen in Baden-Württemberg nach Potsdam dar. Eine DDR-Delegation reiste 1986 mit diesem Ansinnen zu Prinz Louis Ferdinand, um den testamentarischen letzten Willen des alten Fritz, auf der Terrasse von Schloss Sanssouci begraben zu werden, umzusetzen. Der Chef des Hauses Hohenzollern stimmte zu – mit einer Bedingung: Die Umbettung müsse in einem wiedervereinten Deutschland stattfinden. Dass dies am 17. August 1991 tatsächlich Wirklichkeit werden würde, ahnte zu diesem Zeitpunkt allerdings niemand. *aw*



Der Sozialwissenschaftler Gerd Dembowski bezeichnete den Fußball einmal als ein „Brennglas“, in dem sich die gesellschaftlichen Probleme bündeln. Das gilt auch und vielleicht ganz besonders für die Geschichte der deutschen Nationalmannschaft. Als die vom Deutschen Fußballbund in die Schweiz entsandte Nationalmannschaft 1954 mit einem 3:2 über Ungarn zum ersten Mal Weltmeister wurde, war Deutschland ein geteiltes Land. Nicht nur gab es mit der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zwei sehr unterschiedliche deutsche Staaten, auch die westdeutsche Gesellschaft für sich genommen war tief gespalten. Während die Mitte-Rechts-Regierung Konrad Adenauers die Westintegration forcierte, befürchtete die SPD unter Erich Ollenhauer, dadurch jedwede Chance auf eine baldige Wiedervereinigung zu verspielen. Keine zehn Jahre war es her, dass das nationalsozialistische Deutschland bedingungslos kapituliert hatte. Noch immer befanden sich Tausende ehemaliger Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft und viele der zehn Millionen aus den deutschen Ostgebieten gekommenen Menschen waren nicht wirklich in ihrer neuen Heimat integriert. Gleichzeitig hatte der wirtschaft-

Schlaaaaand...!

SPORT Der Fußball weckte nach Nationalsozialismus und verlorenem Krieg wieder patriotische Gefühle bei den Deutschen und verhalf ihnen auch nach außen zu einem neuen Image



Jubel beim „Sommermärchen“ 2006 (oben), WM-Sieg 1954 gegen Ungarn („Wunder von Bern“, links unten) und deutsche Weltmeister-Mannschaft von 2014 (Bild unten rechts). Letztere blamierte den amtierenden Rekord-WM-Sieger Brasilien im Finale mit einem 7:1.

Schland, o Schland
Wir sind von dir begeistert
Und darum feiern wir
Mit dir schon heute
wie die Weltmeister

„Schland oh Schland“
Uwu Lena | 2010

liche Aufschwung bereits deutlich Fahrt aufgenommen. Das „Wunder von Bern“ passte daher gut zum einsetzenden „Wirtschaftswunder“. Man war wieder wer – erst in den Fabriken, nun auch auf dem Rasen. Dass beim WM-Finale auf den Rängen auch die erste Strophe des Deutschlandliedes angestimmt wurde, zeigt die ambivalente Haltung der Deutschen zur noch jungen Bundesrepublik.

Große Schritte Es ist unmöglich, den Anteil des „Wunders von Bern“ am Gelingen der Westintegration und der Nationenbildung in der Bundesrepublik exakt zu bestimmen. Es ist jedoch eine Tatsache, dass beides in den Monaten und Jahren nach der Weltmeisterschaft mit großen Schritten voranging. Im Herbst 1954 wurde die BRD Gründungsmitglied der Westeuropäischen Union, ein Jahr später trat sie der Nato bei und im Herbst 1955 erreichte Adenauer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und damit de facto deren Anerkennung der deutschen Teilung. Bei der Bundestagswahl 1957 holte die Union mit 50,2 Prozent ihr bis heute bestes Ergebnis und errang die absolute Mehrheit. Adenauers Kurs war auf ganzer Linie bestätigt worden. Fast auf den Tag genau 20 Jahre nach dem Triumph im Berner Wankdorfstadion holte die DFB-Auswahl zu Hause erneut den WM-Titel, doch das Land hatte sich verändert. Auf Adenauers Westintegration war Willy Brandts Neue Ostpolitik gefolgt und auf das Wirtschaftswunder der 1950er die Studentenproteste der 1960er. Sogar Fußballer trugen plötzlich lange Haare und

Paul Breitner posierte mit einer Mao-Bibel. Die Ausrichtung der Weltmeisterschaft sollte der Welt zeigen, dass die Bundesrepublik inzwischen ein friedliches und verlässliches Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft geworden war. Genau dasselbe Ziel jedoch hatten auch die Olympischen Spiele in München zwei Jahre zuvor gehabt, und die waren in einem Blutbad gendend, nachdem palästinensische Terroristen elf israelische Geiseln sowie einen deutschen Polizisten getötet hatten. Zu allem Überfluss fand das WM-Finale nur we-

nige hundert Meter entfernt von genau dem Ort statt, an dem kurz zuvor erneut jüdisches Blut auf deutschem Boden vergossen worden war. Diesmal jedoch gelang die Inszenierung, auch weil mit Franz Beckenbauers Deutschland und Johan Cruyffs Niederlanden zwei der wohl besten Teams der Geschichte aufeinander trafen. Der dritte WM-Titel folgte 16 Jahre später, im Sommer 1990, als das Land sich gerade in einer Art Schwebzustand befand. Die Mauer war gefallen, aber die DDR existierte noch fast drei Monate weiter. Dennoch wirkte es

so, als sei damals der Hauch der Geschichte durch das Rund des römischen Olympiastadions geweht. Erst wieder Weltmeister, dann wieder vereint. Kein Drehbuch hätte besser sein können. „Auf Jahre unschlagbar“, werde die deutsche Nationalmannschaft nun sein, prophezeite Franz Beckenbauer, bevor er sich von seinem Amt als Bundestrainer zurückzog. Er sollte Unrecht behalten. Zwar gewann die DFB-Elf 1996 in England die Europameisterschaft, aber sonst glichen die kommenden eineinhalb Jahrzehnte einer fußballerischen Geisterbahnfahrt.

Bei der WM 1994 war bereits im Viertelfinale gegen Bulgarien Schluss, vier Jahre später an gleicher Stelle gegen Kroatien. Wenige Tage zuvor hatten deutsche Hooligans in Lens den französischen Gendarmen Daniel Nivel zum Invaliden geprügelt. Schon in der Nacht nach dem Sieg im WM-Finale 1990 waren Neonazis über den Ost-Berliner Alexanderplatz gezogen, hatten Schaufenster eingeschlagen, „Deutschland den Deutschen“ gefordert und Jagd auf Migranten gemacht. 1996 bei einem Länderspiel im polnischen

Zabrze hatten Fans der DFB-Auswahl ein Transparent mit der Aufschrift „Schindler-Juden, wir grüßen euch“ präsentiert und dazu „Wir sind wieder einmarschiert“ skandiert. Der deutsche Fußball hatte ein Naziproblem – ebenso wie die deutsche Gesellschaft als Ganzes.

Auf den Freudentaumel der Wiedervereinigung war recht bald Ernüchterung gefolgt. Die von Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ blieben aus, die Arbeitslosigkeit im Osten pendelte um die 20 Prozent. Gleichzeitig überzog eine Welle rassistischer und rechtsextremer Gewalt das Land, wie es sie seit Ende des Krieges nicht gegeben hatte. Mehr als 120 Todesopfer zählt die Amadeo Antonio Stiftung allein für die Jahre 1990 bis 2000. Brandanschläge in Mölln und Solingen, Hetzjagden auf Migranten in Hoyerswerda und Magdeburg, vor allem aber die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992, bei denen tausende Menschen einem Mob von Neonazis zujubelten, während dieser ein Haus mit vietnamesischen Vertragsarbeitern in Brand steckte, riefen weltweit Bestürzung und Erinnerungen an längst vergangenen geachteten Zeiten hervor.

Auf der Fanmeile Deutschland brauchte dringend andere Bilder, Bilder, die zeigten, dass es auch noch ein anderes Deutschland gab und dass es vielleicht sogar das wirkliche Deutschland war. Diese Bilder sollte abermals eine Weltmeisterschaft im eigenen Land liefern. Tatsächlich dürfen sich noch heute viele gern an das bunte Treiben auf den Fanmeilen erinnern, auf denen Deutschland zu „Schland“ wurde, und an das sympathische Auftreten der Mannschaft, die der jung und dynamisch wirkende Bundestrainer Jürgen Klinsmann zusammengestellt hatte. Viel trug auch dazu bei, dass die Nationalmannschaft so divers erschien wie nie zuvor. Als Deutschland im Eröffnungsspiel auf Costa Rica traf, standen mit Lukas Podolski und Miroslav Klose zwei Spieler im Sturm, die in Polen geboren wurden. Drei weitere Spieler mit Migrationsgeschichte – David Odonkor, Oliver Neuville und Gerald Asamoah – saßen auf der Bank oder wurden eingewechselt. Immerhin vier Spieler kamen aus den neuen Bundesländern.

Abseits der bunten Bilder jedoch hatte sich wenig geändert. Allein im Jahr 2006 beging die rechte Terrorgruppe NSU zwei Morde und zwei Banküberfälle. Die Zahl der rechtsextremen Straftaten lag laut Verfassungsschutz mit mehr als 18.000 rund 14 Prozent höher als im Vorjahr, und in Mecklenburg-Vorpommern zog die NPD mit 7,6 Prozent in den Landtag ein. Auch in Berlin holte die rechtsextreme Partei mit 2,6 Prozent ein neues Rekordergebnis und saß fortan in mehreren Bezirksordenversammlungen. Der vielerorts zelebrierte „Party-Patriotismus“ schien eine braune Kehrsseite zu haben.

Offene Hetze Daran hat sich wenig geändert. Einerseits ist es längst selbstverständlich geworden, dass in der deutschen Nationalmannschaft Migrationshintergrund wie Antonio Rüdiger oder Emre Can tragende Rollen spielen. Andererseits äußerte sich 2016 mit Alexander Gauland einer der führenden Köpfe der AfD abwertend über den Nationalspieler Jérôme Boateng indem er behauptete, niemand wolle jemanden wie ihn zum Nachbarn haben. Und als 2018 ein Foto Mesut Özils mit dem türkischen Präsidenten Erdogan kontrovers diskutiert wurde, mischten sich unter die berechtigte Kritik auch eindeutig rassistische Töne. Einmal mehr hatte das „Brennglas“ des Fußballs gezeigt, vor welchen Problemen Deutschland steht. Jan Tölva

Der Autor ist freier Journalist in Berlin

»Wie viel Bier ist in der deutschen Intelligenz!«

KLISCHEES Diszipliniert, pünktlich und immer Bier trinkend? Was andere Nationen und wir selbst über uns denken – ein Streifzug durch die Jahrhunderte

Wir sind pflichtbewusst und diszipliniert, ordentlich und immer pünktlich, aber auch etwas humorlos und reserviert gegenüber Fremden? Wir essen gerne Fleisch, reisen am liebsten nach Mallorca oder Italien und trinken ständig Bier? Wir lieben Fußball, stehen selbst im Urlaub früh auf, um die Liegen am Pool mit Handtüchern reservieren, haben fast alle einen Hund und sind Mitglied in mindestens einem Verein? So sind wir Deutschen – zumindest, wenn man das Internet nach gängigen Klischees durchforstet. Oder Filme guckt wie „Man spricht deutsch“ von Gerhard Polt. In dem Satirestreifen von 1988 erlaubt die bayerische Familie Löffler wie in jedem Jahr an der italienischen Adriaküste, und natürlich parkt der misstrauische Pauschalurlaubser sein Auto in permanenter Angst vor Dieben und Abzockern in Sichtweite, verzehrt im Strandrestaurant Schweinsaxe mit Pommes und trinkt Bier schon in der Mittagstischo – über die er sich natürlich beschwert. Bloß gut, dass das benachbarte

Rentnerehepaar Endress sechs Kisten Fürstentum Pilsener über den Brenner gekarrt und neben ihren Campingliegen im Sand verscharrt hat! Anständiges Bier können „diese Italiener“ ja nicht machen, wie sich Familienvater Erwin mokiert. Spießig, arrogant und wenig experimentierfreudig – so manches Klischee über „die“ Deutschen hält sich hartnäckig und reicht fast zweitausend Jahre zurück. Ausgerechnet der römische Historiker Tacitus war es, der den Germanen 98 nach Christus den Stempel aufdrückte und ihnen einen bis heute viel zitierten „Volkscharakter“ verpasste. Dabei lernte er die Stämme im Norden nicht mal selbst kennen und leitete seine Beschreibungen nur vom Hörensagen ab. Dennoch finden sich in seinem Werk „Germania“ erstaunlich-vertraute Zuschreibungen. „Wilde blaue Augen“ und „tüchtige Leiber“ hätte das Völkchen, tapfer, treu und gehorsam sei es, und es esse gerne. Jedoch hätte es auch große „Scheu vor Durst und Hitze“, weshalb es wohl auch so trinkfreudig sei. „Den Tag und die Nacht durch Saufen zu verbringen, bringt Keinen Schimpf“, schreibt der Römer. Als Getränk diene den Stämmen eine Flüssigkeit aus Gerste und Weizen. Prost! Knapp 1.600 Jahre später, im frühen 18. Jahrhundert, finden sich viele dieser



„Ganz gute“ Eigenschaften schreibt der unbekannte Erschaffer der Steirischen Völkertafel den „Teutschen“ im frühen 18. Jahrhundert zu.

Zuschreibungen auf der Steirischen Völkertafel wieder, einem Ölgemälde, auf dem ein unbekannter Maler eine „Kurze Beschreibung der In Europa Befindlichen Völkern Und Ihren Aigenschafften“ versammelt hat. Der „Teutsche“ heißt es darauf unter dem Bild eines freundlich blickenden, akkurat gekleideten Mannes, sei von „ganz gutem“ Charakter, gerne überall dabei („über Allmit“) und sehr fromm. Ein bisschen bieder klingt das irgendwie, fast langweilig. Ein gewisses Laster blieb aber

auch dem Schöpfer der Tafel nicht verborgen: Ins Grab bringe die verschwenderischen Deutschen der „Hang zum Saufen“, speziell die Liebe zum Wein. Insgesamt erscheinen die Deutschen in vielen Schriften eher blass. Heißblütig wie die Italiener oder charmant und liebsteil wie die Franzosen? Nix da. Immanuel Kant attestierte ihnen im 18. Jahrhundert Eigenschaften wie Ehrlichkeit und Häuslichkeit, die nun ja, „nicht zum Glänzen geeignet“ seien. Johann Wolfgang von Goethe be-

zeichnete die Deutschen gar als „wieder-käuende Tiere“, die alles nachahmen und so gar nichts Eigenes hätten. „Von einem Hang zur Beschaulichkeit“ und der Eigenschaft, sich Erfahrungen in der Fremde „anzuverwandeln“, sprach im 19. Jahrhundert der Komponist Richard Wagner. Die Deutschen, ein Volk ohne Eigenschaften? Zumindest sei eine gewisse „Amalgamierungsgabe“ oft beschrieben worden, erklärt der Literaturhistoriker Dieter Borchmeyer in seinem 2017 erschienenen Buch „Was ist deutsch?“. Das meint die Fähigkeit, sich alle geistigen Werte zu eigen zu machen und dabei zu vernachlässigen, welche Werte sie, die Deutschen, in sich selbst bergen würden. Nicht wenige vermuten, dass diese „Selbstrelativierung“ Folge der späten Nationenbildung ist. So urteilt unter anderem die Französin Madame de Staël 1810 in ihrem „Deutschlandbuch“, das Reich habe keine Hauptstadt und dadurch „keinen geistigen Mittelpunkt, kein Zentrum der öffentlichen Meinung“. Daher mangle es den Deutschen an nationalen Vorurteilen – anders als Franzosen, Spaniern und Engländern, die es mit Nationalstolz und Überheblichkeit zur Weltmacht gebracht hätten. Den Philosophen Friedrich Nietzsche regte die deutsche Trägheit Ende des 19. Jahr-

hunderts spürbar auf: „Wie viel verdriehliche Schwere, Lahmheit, Feuchtigkeit, Schlafrock, wie viel Bier ist in der deutschen Intelligenz!“ Sein Resümee: „Ein Deutscher ist großer Dinge fähig, aber es ist unwahrscheinlich, daß er sie tut.“

Tabuthema Dass die teils belächelte, teils bewunderte deutsche Weltbürgerlichkeit später bekanntlich in einen militanten Nationalismus umschlug, der in der Shoah mündete, hat die Frage nach dem Selbstwertgefühl der Deutschen für lange Zeit erübrigt. Bis heute zeugt die immer wieder gestellte Frage „Was ist deutsch?“ von einer „sitzenzen Unsicherheit“, was die eigene nationale Identität betrifft“, urteilte 2013 der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Die Zurückhaltung ist den Deutschen nach wie vor eigen. Im Frühjahr 2015 ergab eine Umfrage von YouGov in acht Ländern in Europa, Nordamerika und Asien, dass die Deutschen sich bei Eigenschaften wie Freundlichkeit, Disziplin, Intelligenz, Selbstbewusstsein, Humor und Attraktivität allenfalls im Mittelfeld sehen. Wird Nietzsche mit seinen Worten Recht behalten? Er fand 1873: „Das deutsche Wesen ist noch gar nicht da; es muss erst werden.“ Johanna Metz



Getrieben von Krisen

EUROPA Hier die Nation, dort die Gemeinschaft – das Janusgesicht der EU ist 2020 so deutlich zu Tage getreten wie selten zuvor. Corona hat gezeigt: Die Staaten handeln oft erst dann europäisch, wenn der Problemdruck ihnen keine andere Möglichkeit lässt



EU-Fahne und Flaggen der 27 Mitgliedsländer vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Wie viel EU ist in den Nationalstaaten – und umgekehrt?

© picture-alliance/dpa

Im Juli 2020 schufen die 27 Staats- und Regierungschefs der EU den Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Milliarden Euro. Ein ebenso bemerkenswertes wie notwendiges Zeichen europäischer Solidarität. Gleichzeitig einigten sie sich auf den mehrjährigen Haushalt (2021-2027) der EU und erlaubten der Kommission, Schulden aufzunehmen. Sie kann sich nun fast als eigenständiger Akteur auf den Finanzmärkten bewegen – ein absolutes Novum. Auf ihrem Gipfel im Dezember 2020 beschloss die EU außerdem, den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus einzuführen. Zum ersten Mal wurde damit die Auszahlung von Geldern an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien in den Mitgliedstaaten gebunden. Salopp gesagt: Geld gibt es aus den Töpfen der Gemeinschaft nur, wenn nach den Regeln gespielt wird und die Grundwerte der EU nicht verletzt werden. Unabhängig davon, wie wirksam dieser Mechanismus auch sein wird, er ist eindeutig ein weiterer Integrationsschritt. Es ließe sich mit gutem Recht sagen: Mehr Europa als im Jahr 2020 war nie. Doch das vergangene Jahr zeigte auch ein anderes Gesicht – ein nationalistisches. Ungarn und Polen wehrten sich im Namen der Nation heftig gegen den Rechtsstaatsmechanismus. Die konservative britische Regierung von Boris Johnson verhandelte hart mit der EU über ein Freihandelsabkommen. Souveränität und Kontrolle erhob sie dabei zu den Prinzipien ihrer Verhandlungsstrategie. Und schließlich: Während

der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 reagierte die Mitgliedstaaten mit Ausfuhrstopps für medizinische Hilfsgüter und Grenzkontrollen. Ihre erste, instinktive Reaktion war national. Es ließe sich also auch mit gutem Recht sagen: Mehr Nation als in 2020 war in Europa schon lange nicht mehr. Hier die Nation, da die Gemeinschaft – das Janusgesicht der EU ist im abgelaufenen Jahr so deutlich zu Tage getreten wie selten zuvor.

»Länder sind zu klein« Das Spannungsverhältnis hatte Jean Monnet, einer der geistigen Väter der Europäischen Union, im Auge als er – 1943, mitten im Zweiten Weltkrieg – sagte: »Es wird keinen Frieden in Europa geben, wenn der Wiederaufbau der Staaten auf der nationalen Souveränität beruht ... Die Länder Europas sind zu klein, um ihren Völkern den Wohlstand und die soziale Entwicklung zu sichern, die erforderlich sind. Die europäischen Staaten müssen eine Föderation bilden.«

Welche Rolle spielt der Nationalstaat heute im Gefüge der EU? Antworten kann finden, wer einen Blick auf Deutschland wirft – dem größten Mitgliedstaat der EU. Man wird nicht fehl gehen, wenn man »den Deutschen« unterstellt, sie glaubten gute Europäer zu sein. Ja, viele Deutsche

würde behaupten, ihr Land sei in Sachen Europa vorbildhaft. Das hat seine guten, historischen Gründe. Die Nation ist vielen Deutschen suspekt, weil sie verheerende Erfahrungen mit extremem Nationalismus gemacht haben. Deutschland ist proeuropäisch, weil es die Lehren aus der bitteren Vergangenheit gezogen hat und die europäische Idee Deutschland die Möglichkeit bot, der eigenen Geschichte zu »entkommen«.

Doch so proeuropäisch Deutschland auch wirken mag, auf EU-Ebene handelt es sich nicht selten nach nationalstaatlicher Logik. So vertritt die Bundesregierung in Brüssel hart und erfolgreich die Interessen der deutschen Schlüsselindustrie, der Autoindustrie. Während es in fast allen europäischen Ländern, aber auch in der EU-Kommission und dem EU-Parlament, erheblichen Widerstand gegen Nord Stream 2 gibt, hält die Bundesregierung an der Pipeline, die über die Ostsee russisches Gas direkt nach Deutschland bringen soll, fest. Sie stellt sich auf den Standpunkt, es handle sich dabei um ein privatwirtschaftliches Projekt – was natürlich angesichts des geopolitischen Konkurrenzverhältnisses mit Russland ziemlich blauäugig ist. Die nationalstaatliche Logik Deutschlands lässt sich aber nicht nur am Handeln der Regierung ablesen. Sie ist auch in den Ent-

scheidungen zentraler Institutionen des Landes erkennbar. Im Mai 2020 erklärte etwa das Bundesverfassungsgericht das milliardenschwere Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) für teilweise verfassungswidrig. Ein spektakuläres Urteil, denn zuvor hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) befunden, dass das Programm der EZB rechtlich in Ordnung sei. Dies akzeptierten die Karlsruher Richter aber nicht. Sie stellten sich damit zum ersten Mal überhaupt gegen den EuGH. Das Urteil sorgte für erhebliche Unruhe. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte klar, dass im Europarecht immer der EuGH das letzte Wort haben müsse. Nationalisten in den europäischen Ländern hingegen jubelten.

Nicht immun Genauso wenig wie andere Mitgliedstaaten der EU ist Deutschland also immun gegen eine Renationalisierung. Weder ist es die Gesellschaft, das zeigen die wahlpolitischen Erfolge der AfD, noch die Bundesregierung, noch die Institutionen. Und wie andere Mitgliedstaaten auch, handelt Deutschland vor allem dann europäisch, wenn der nationalstaatliche Weg nicht mehr weiterführt. Die Migrationskrise im Jahr 2015 ist ein weiterer Beleg dafür. Deutschland nahm damals über 800.000 Menschen auf. Die Bundesregierung hielt die Grenzen für die Flüchtlinge und Migranten offen, um andere Staaten – Ungarn, Österreich und die Balkanländer – zu entlasten. Als die EU-Kommission einen Verteilungsplan für die

Freude, schöner Götterfunken,
Tochter aus Elysium,
Wir betreten feuertrunken,
Himmlische, dein Heiligtum.
Deine Zauber binden wieder,
Was die Mode streng geteilt,
Alle Menschen werden Brüder,
Wo dein sanfter Flügel weilt.

„An die Freude“
Friedrich Schiller | 1808 erschienene Bearbeitung

müsstun, tun sich schwer damit, Souveränität abzugeben. So wollen Italien, Spanien und Griechenland zwar Hilfe, sie sind aber nicht dazu bereit, etwas Naheliegenderes zu tun: die Kontrolle der eigenen Grenzen zu europäisieren. Diese mangelnde Bereitschaft ist auch ein Ausdruck des mangelnden Vertrauens in die Effizienz Europas. Wer kann die Grenzen kontrollieren? Der Nationalstaat oder die EU? Die meisten Europäer, auch die überzeugten, würden es dem Nationalstaat eher zutrauen.

Getrieben von Problemen Auf dem jüngsten EU-Gipfel rangen alle Nationalstaaten hart um ihre Positionen, um Geld und Einfluss. Auch wenn sie am Ende mit dem Wiederaufbaufonds zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie einen historischen Beschluss fassten – Treiber einer europäischen Union waren sie nicht, eher Getriebene. Europäische Schritte geht man erst, wenn anderen Wege erschöpft sind. Europäisch wird der Nationalstaat erst dann, wenn der Problemdruck ihm keine andere Möglichkeit lässt. Das kann man beklagen, doch es bestätigt eine Erfahrung: Europa wächst erst in existenziellen Krisen zusammen, die Wirklichkeit erzwingt in den vergangenen Jahren immer mehr Europa. Das aber ist kein Selbstläufer. Denn die EU ist auch ein fragiles Projekt, das an der Wirklichkeit zerbrechen kann.

Ulrich Ladurner
Der Autor ist Correspondent der »Zeit« in Brüssel.

»Die europäischen Staaten müssen eine Föderation bilden.«

Jean Monnet, Wegbereiter Europas, im Jahr 1943

»Kein Widerspruch zum europäischen Projekt«

INTERVIEW EU-Expertin Annegret Bendiek über die Rolle des Nationalstaats in einer immer stärker vergemeinschafteten EU

Frau Bendiek, für wie wahrscheinlich halten Sie folgendes Szenario: Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs wird aufgelöst, fortan wählt das Europäische Parlament die Regierung der Vereinigten Staaten von Europa, deren Bürger einen europäischen Personalausweis in der Tasche haben. Reine Utopie? Es ist eine Vision, die in Teilen der Politik auf Zustimmung stößt und als Fernziel immer wieder benannt wird. Doch jeder Versuch, die 27 Mitgliedstaaten der EU vollständig in einer Union aufzulösen, wird auf heftigen Widerstand stoßen. Denn die Gemeinschaft beruht seit jeher auf der Idee, es anders zu machen als ein Nationalstaat. Sie ist der Versuch, 27 Einheiten mit sehr verschiedenen kulturellen Erfahrungen, Geschichten, Ideen und Institutionen in ein politisches Projekt zu integrieren, ohne die jeweiligen nationalen Eigenheiten abzuwickeln. Es ist genau die Verbindung vermeintlicher Gegensätze, die das Besondere und Typische des europäischen Projekts ausmacht.

Das sehen nationalistische Kräfte anders. Die AfD in Deutschland etwa warnt vor einem Ende des selbstbestimmten Nationalstaats durch die EU und pocht auf ein »Europa der Vaterländer«.

Ja, nur steht der Nationalstaat eben nicht im Widerspruch zum europäischen Projekt, weil die vielfältigen europäischen Identitäten wichtig und konstitutiv für europäisches Handeln sind. Trotzdem muss man die Kritik ernst nehmen. Sie hängt aus meiner Sicht nicht nur mit der europäischen Integration zusammen, sondern allgemein mit einer Überforderung gegenüber den Prozessen der Globalisierung und der Angst, sich in diesen Prozessen nicht mehr verorten können. Diesen teilweise berechtigten Sorgen kann die EU nur begegnen, indem sie liefert. Der Schluss darf nicht sein, weniger Kompetenzen an Brüssel abzugeben. Im Gegenteil: Der Mehrwert der EU gegenüber dem isolierten nationalen Raum muss in Zukunft deutlicher werden.

Ein Mehr an Europa soll Nationalisten in die Schranken weisen? Ja, denn ich glaube, die Vorbehalte gegen die EU haben weniger mit der Angst zu tun, Souveränität oder die eigene Identität zu verlieren, sondern mehr mit Misstrauen. Kann Brüssel wirklich so liefern, wie die Bundesregierung in Berlin? Das ist für viele unklar. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist der nationale Reflex stark: Viele Staaten haben zuerst auf ihre nationale In-

frastruktur zurückgegriffen. Das war auch notwendig, weil es eine echte europäische Gesundheitspolitik, die mit entsprechenden Kompetenzen und Finanzen ausgestattet ist, bislang nicht gibt. Ich bin überzeugt, die Glaubwürdigkeit der EU wird mit ihrer Handlungsfähigkeit wachsen.

Auch ausdrücklich proeuropäische Staaten wie Deutschland scheuen sich in vielen Politikbereichen davor, Brüssel mehr Macht zu übertragen.

Leider war der Wille der Bundesregierung, politisches Kapital in eine stärkere Gemeinschaft zu stecken, in den vergangenen Jahren gering. Aber wenn wir das europäische Projekt schützen wollen, gibt es keinen anderen Weg, als es auszubauen und weiter dafür zu argumentieren. Die Agenda der Anti-Europäer und deren Werben für ein Europa der Nationen steht für eine rückwärtsgewandte Politik. Sie wird uns keinen Meter voranbringen und globale Probleme wie Migration, Klima und Gesundheitskrisen wie die Corona-Pandemie nicht lösen.

Resultiert das Misstrauen gegenüber der EU nicht auch aus dem Eindruck, dass die nationalen Regierungen in Brüssel Deals aushandeln, ohne die Bür-

ger und deren Vertreter, die nationalen Parlamente, angemessen einzubeziehen? Der Vorwurf des Demokratiedefizits ist absolut berechtigt. Die europäische Politik ist viel zu exekutivlastig, und es fehlt der Mut, unangenehme und zeitintensive Debatten auszutragen. Für mehr Akzeptanz und Legitimation muss die europäische Politik in allen Bereichen parlamentarisiert werden. Dafür braucht es mehr selbstbewusste Abgeordnete im Europaparlament und in den Mitgliedstaaten, die ihre Rolle ernst nehmen und Rechte einfordern. Auch im Bundestag, wo die Parlamentsmehrheit ja in aller Regel die Regierungspolitik unterstützt, gibt es davon bislang zu wenig.

Das Interview führte Johanna Metz

Annegret Bendiek ist stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe EUI/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



AUFGEKEHRT

Friseur jetzt systemrelevant

Im neuen Jahr wird alles besser. Alles! Der Platz reicht nicht aus, um alles aufzuzählen, hier also nur das, was die Forschung als gesichert ansieht. Das Wetter: Meteorologen sagen voraus, dass es im Sommer 2021 monatelang durchregnen wird, endlich, ökologische Wasserferien im Spreewald mit Wildwasser-Kanalfahrt können über die Homepage RKI-stay-home-forever gebucht werden.

Auch für Reisebüros ist Rettung in Sicht: Sie werden mit Peter Altmaiers Hilfe von einer ebenfalls insolventen Frisörkette übernommen und bieten künftig neben Pagenschnitt auch Restleben-Versicherungen und magic mushrooms an, für unsere Kleinen das AfD-Bildungs-YouTube mit Zukunftsthemen wie: Warum Aliens oft kein Corona haben.

Praktischer Nebeneffekt: Da Olaf Scholz mit 30 Prozent beteiligt ist, bekommt das Kabinett Blondierungs-Gutscheine und Toupet-Garantien, auch für den Export. Das ist politischer, als Sie denken, denn es löst unsere transatlantischen Probleme, wenn Trump und Johnson am neuen Austauschprogramm für Regierungschefs teilnehmen. Frisur angleichen, Tweets absetzen, fertig.

Ach ja, der Hauptstadtflughafen kann wegen der schicken Inneneinrichtung demnächst komplett für die Flugbereitschaft der Bundesregierung genutzt werden, also nicht nur als neue Location für den KitKat-Club. Die letzten Billigflieger werden nach Leipzig umgeleitet, dort erhalten Passagiere eine Querdenker-Erstausstattung: Aluhut und Maske. Warum Maske? Weil die Qanon-Bewegung in Österreich Fallschirmsprünge mit Maske anbietet, aufklappen und sanft im braunen Acker landen. Glauben Sie nicht? Recherchieren Sie. *Claus Peter Kosfeld* ||

VOR 55 JAHREN...

Zu große Aufgaben?

4.1.1966: Eklat zwischen Lübke und Erhard. Es war ein Eklat mit Ansage beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten am 4. Januar 1966 in dessen Bonner Amtssitz, der Villa Hammerschmidt. Da bezweifelte Präsident Heinrich Lübke vor der versammelten Bundesregierung, dass die kleine Koalition die großen Probleme der Zeit lösen könne – und brachte ein Bündnis aus Union



Bundespräsident Heinrich Lübke vor der Villa Hammerschmidt in Bonn.

und SPD ins Spiel. Erst nach der Bundestagswahl im Herbst 1965 war es zu einer Neuauflage einer schwarz-gelben Regierung unter Kanzler Ludwig Erhard (CDU) gekommen. Der ließ Lübkes Worte auf dem Empfang nicht unkommentiert. Seine Regierung aus Union und FDP habe „einen klaren Auftrag des deutschen Wählers erhalten“, betonte er. „Ich kann es nicht zulassen, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als sei diese Koalition bereits zusammengebrochen und als sei es wünschenswert, sie abzulösen.“ Lübke hatte nie einen Hehl daraus gemacht, dass er ein Befürworter einer Großen Koalition war. Zuletzt hatte er das Ende 1965 in einem Interview deutlich gemacht: Es gebe mit der Finanzreform oder der Notstandsgesetzgebung Themen, „die nur gemeinsam von allen politischen Kräften angepackt werden können.“ Eine Woche nach dem Empfang sah es so aus, als liege Schwarz-Rot in weiter Ferne: Einstimmig sprach sich der Vorstand der Unionsfraktion gegen eine Große Koalition aus. Doch im Oktober 1966 zerbrach die schwarz-gelbe Regierung über einen Haushaltsstreit. Erhard trat zurück. Kurt Georg Kiesinger (CDU) wurde Kanzler der ersten Großen Koalition. *Benjamin Stahl* ||



ORTSTERMIN: SKULPTURENPARK DEUTSCHE EINHEIT IN MELLRICHSTADT



Mit der Holzbrücke (rechts unten) fing es an, inzwischen hat Herbert Fell (links unten) einen ganzen Skulpturenpark zur deutschen Einheit geschaffen. © Herbert Fell

Nationaler Brückenschlag im Nirgendwo

Am vergangenen Tag der deutschen Einheit sind an die 600 Menschen gekommen. Einfach so, um zu schauen und zu staunen und um sich ein wenig zu wundern. Für ein Nationaldenkmal an diesem besonderen deutschen Feiertag wäre eine solche Zahl an sich nichts bemerkenswertes, aber es handelt sich nun einmal um ein außergewöhnliches Denkmal an einem außergewöhnlichen Standort. Genauer gesagt: Eine Ansammlung von Kunstwerken unterschiedlicher ästhetischer Ausprägung mitten im Niemandsland – einer abgetretenen Wiese an der ehemaligen B19 am ehemaligen Grenzübergang zwischen Meiningen in Thüringen und dem bayerischen Eußenhausen. „Hier bin ich immer rüber“, sagt Jimmy Fell, der Mann hinter dem „Skulpturenpark Deutsche Einheit“. Es windet auf der spärlich bewachsenen Hochebene, der Blick reicht von der Rhön bis in den Thüringer Wald, in fußläufigem Abstand marodiert ein ehemaliger DDR-Wachstum vor sich hin. Die Grenzer hatten für freie Sicht über ihre Sicherungsanlagen gesorgt. Die Landschaft spürt das bis heute. Der Künstler und Bauingenieur Fell kommt aus Niederlauer auf der bayerischen Seite. Er erlebte die

Teilung Deutschlands in den ersten drei Jahrzehnten seines Lebens mit, noch zu Teilungszeiten wanderte er die Grenze auf westlicher Seite ab. Die Idee des Ursprungskunstwerks, eine Brücke, kam ihm während eines Spaziergangs in der Wahlheimat Berlin. 1996 schlug er die acht Meter hohe Holzbrücke über den einstigen Todesstreifen. Berufsschüler aus den umliegenden Gemeinden in Thüringen und Bayern verschalten und bemalten das Werk. Unternehmen arbeiteten ehrenamtlich mit, Spenden kamen aus der Gegend und Fördermittel vom Bundesinnenministerium. Die Schirmherrschaft übernahm der damalige CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl. Eigentlich wollte Fell die „Goldene Brücke“ im Lauf der Zeit einstürzen lassen und damit demonstrieren, wie Deutschland zusammenwächst. „Die Brücke fällt aber nicht ein, dank der Konstruktion wird das Material immer trocken und es pfeift schön durch.“ Sie hat einen neuen Goldanstrich erhalten und Neugierige laufen weiterhin durch – einen Fuß in Thüringen, einen in Bayern. Auf der Brücke thront eine Europastatue. Symbolisiert die Brücke die Einheit, steht die Skulptur „Wir sind das Volk“,

gebaut aus Mauerteilen, für die Freiheit. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist Schirmherrin. Danach folgte ein Werk auf das andere, Friedenstauben, weitere Skulpturen, Flaggen, meist wirkten Schulklassen aus beiden Bundesländern mit. Flucht und Vertreibung kehren als Themen immer wieder. Am 9. November 1999 verbrannte Fell einen Reichsadler aus Altholz, aus der Glut stand ein eiserner Bundesadler auf – das 2,5 Meter hohe Stahlitler steht bis heute auf der Grenze zwischen beiden Bundesländern. Im Herbst hat Fell ein Grundgesetzbuch von der Größe eines kleinen Spielfelds in den Boden eingelassen, auf dem jeder herumtrampeln darf – eine Anspielung auf aktuelle politische Diskussionen, bei denen sich gegnerische Seiten genau das vorwerfen. „Alle reden darüber, wer wohl auf dem Boden des Grundgesetzes steht“, sagt der Künstler. „Hier steht man drauf.“ Während er für eine Überdachung zum Materialschutz noch Sponsoren sucht, spinnert Fell schon neue Ideen weiter. An der deutschen Einheit hat er sich längst nicht abgeerbeitet: Es ist noch viel Platz im Skulpturenpark. *Kristina Pezzei* ||

PERSONALIA

>Wolfgang Ehmke
Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Die Grünen

Am 5. Januar wird Wolfgang Ehmke 75 Jahre alt. Der promovierte Agrarwissenschaftler und Abteilungsleiter Naturschutz im hessischen Umweltministerium von 1986 bis 1999 trat dem „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ bei. 1980 wurde er Mitglied der Partei „Die Grünen“. Im Bundestag gehörte der umweltpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion dem Innenausschuss an. Ehmke ist auch als Buchautor hervorgetreten.

>Klaus-Dieter Uelhoff
Bundestagsabgeordneter 1987-1998, CDU

Am 9. Januar begeht Klaus-Dieter Uelhoff seinen 85. Geburtstag. Der promovierte Jurist aus Dahn/Kreis Südwestpfalz wurde 1969 CDU-Mitglied und gehörte von 1979 bis 1996 dem Kreis- und Bezirksvorstand Rheinhessen-Pfalz an. Von 1972 bis 1979 amtierte er als Landrat des Kreises Pirmasens und von 1979 bis 1987 als Staatssekretär im Innen- bzw. im Umwelt- und Gesundheitsministerium in Mainz. Der Direktkandidat des Wahlkreises Pirmasens arbeitete im Bundestag im Verteidigungs- sowie im Haushaltsausschuss mit. Von 1989 bis 1999 gehörte Uelhoff der Nordatlantischen Versammlung an.

>Georg Bamberg
Bundestagsabgeordneter 1981-1990, SPD

Georg Bamberg vollendet am 9. Januar sein 85. Lebensjahr. Der Bundesbahnbeamte trat 1964 der SPD bei, war von 1966 bis 1981 Mitglied des Stadtrats von Rosenheim und gehörte von 1974 bis 1981 dem Bezirkstag von Oberbayern an. Der Sozialdemokrat, der im Februar 1981 in den Deutschen Bundestag nachrückte, war in allen drei Legislaturperioden Mitglied des Verkehrsausschusses.

>Sigrid Folz-Steinacker
Bundestagsabgeordnete 1987-1990, FDP

Am 10. Januar wird Sigrid Folz-Steinacker 80 Jahre alt. Die Kauffrau aus Brake/Kreis Wesermarsch trat 1977 der FDP bei. Sie gehörte dem Bezirksvorstand Oldenburg, dem FDP-Landesvorstand Niedersachsen sowie dem Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik ihrer Partei an. Im Bundestag arbeitete Folz-Steinacker im Wirtschaftsausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit.

>Holger Ortel
Bundestagsabgeordneter 1998-2013, SPD

Holger Ortel wird am 10. Januar 70 Jahre alt. Der Angestellte aus Delmenhorst schloss sich 1971 der SPD an und war von 2004 bis 2009 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Von 1972 bis 1984 gehörte er dem Gemeinderat in Butjadingen an. Im Bundestag engagierte sich Ortel im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU sowie die längste Zeit im Landwirtschaftsausschuss. 2011 gehörte der Sozialdemokrat dem Europarat an. Von 2007 bis 2018 amtierte er als Präsident des Deutschen Fischereiverbands.

>Hannegret Hönes
Bundestagsabgeordnete 1985-1987, Die Grünen

Am 16. Januar begeht Hannegret Hönes ihren 75. Geburtstag. Die Journalistin trat 1979 der Partei „Die Grünen“ bei und gehörte von 1981 bis 1983 dem Landesvorstand von Baden-Württemberg an. 1985 rückte sie in den Deutschen Bundestag nach und war Mitglied des Innenausschusses. Zugleich amtierte sie als Fraktionssprecherin. Seit Jahren ist Hönes Gemeinderatsmitglied in Niederrhausen/Rheingau-Taunus-Kreis und dort auch Vorstandssprecherin ihrer Partei.

>Bertram Wieczorek
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU

Am 16. Januar wird Bertram Wieczorek 70 Jahre alt. Der Facharzt aus Auerbach/Vogtlandkreis trat 1973 der CDU in der DDR bei. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an und amtierte als parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Abrüstung und Verteidigung. Von 1991 bis 1994 war der Christdemokrat in dieser Funktion im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit tätig.

>Klaus Bühler
Bundestagsabgeordneter 1976-2002, CDU

Klaus Bühler vollendet am 16. Januar sein 80. Lebensjahr. Der Realschullehrer aus Bruchsal schloss sich 1962 der CDU an. Von 1968 bis 1976 war er Mitglied des Stadtrats seiner Heimatstadt und von 1971 bis 1973 Kreisabgeordneter in Bruchsal beziehungsweise von 1973 bis 1979 in Karlsruhe. Im Deutschen Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Karlsruhe-Land vorwiegend im Verkehrsausschuss. Von 1987 bis 2003 gehörte Bühler dem Europarat und der WEU an. Von 1996 bis 1999 war der Christdemokrat Vizepräsident des Europarats und von 2000 bis 2002 Präsident der WEU. *bmh* ||

LESERPOST

Zur Ausgabe 49-50 vom 30. November 2020 „Sorge um die sichere Bleibe“ auf Seite 11:

Die Corona-Pandemie zeigt in der Tat wie in einem Brennglas: Die Wohnungsnot in Deutschland ist eine akute Wohnkrise! Nicht nur die Ärmsten in der Bevölkerung sind betroffen, sondern inzwischen auch der Mittelstand. Global agierende Finanzunternehmen nutzen den Wohnungsmarkt als Goldgrube und treiben die Mieten systematisch in die Höhe. Die Regierung muss hier sofort handeln. Die Menschen, die über 30 Jahre lang ihre Mietwohnungen bewohnen, müssen besser geschützt werden durch ein Nutz- und Bestandsrecht. Oft sind ältere Mieter Härtefälle, die vor Gericht ziehen müssen. Wenn alte Menschen ihre Wohnung verlieren, verlieren sie auch ihr gesamtes gewohntes Umfeld. Ich bin mit Innenminister Horst Seehofer: Kommunen muss per Gesetz erlaubt werden, die Umwandlung von Miet- und Eigentumswohnung zu untersagen. *Ursula Reichert, Hanau*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. Januar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 13. – 15.01.2021

Rentenversicherungsbericht (Do), Ernährungspolitische Bericht (Fr),

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Gedenken an die NS-Opfer

GEDENKTAG Reden von Charlotte Knobloch und Marina Weisband am 27. Januar 2021

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, und die Publizistin Marina Weisband werden am 27. Januar 2021 anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus vor dem Bundestag reden. Knobloch, selbst Überlebende des Holocaust, war von 2006 bis 2010 Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Weisband spricht als Vertreterin der dritten Generation nach der Shoah. Sie war als Kind im Zuge der Regelung für Kontingenzflüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Die Gedenkstunde steht zugleich im Zeichen des Jubiläumsjahrs „321 – 2021: 1.700 Jahre jü-

disches Leben in Deutschland.“ Vor 25 Jahren hatte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar, das Datum der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, zum nationalen Gedenktage erklärt. Ein kurzer Film über die in Israel restaurierte Sulzbacher Torarolle von 1793 ergänzt die Gedenkstunde. Die Torarolle soll am Ende der Gedenkstunde in einer feierlichen Zeremonie unter Beteiligung der Repräsentanten der Verfassungsorgane und der Gedenkrednerinnen im Andachtsraum des Bundestages fertiggestellt werden – als Symbol staatlicher Selbstverpflichtung, jüdisches Leben in Deutschland zu schützen und dauerhaft zu ermöglichen.

Außerdem ist eine Ausstellung des Leo Baeck Instituts (New York/Berlin) geplant. Sie trägt den Titel „Shared History: 1.700 Jahre jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum“ und beleuchtet schlaglichtartig die individuellen und kollektiven Erfahrungen, die jüdisches Leben über Jahrhunderte prägten. Seit 1996 gedenkt der Deutsche Bundestag des Zivilisationsbruchs in einer um den 27. Januar angesiedelten Gedenkstunde, die den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet ist: den knapp sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden, den Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuellen, politischen Gefangenen, den Kranken und Behinderten sowie den millionenfach verschleppten Zwangsarbeitern. *Ibr* ||

SEITENBLICKE

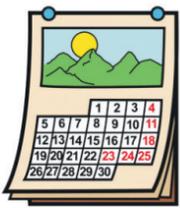


Hubge_20

leicht
erklärt!

Das Deutsche Reich

Vor 150 Jahren wurde es gegründet



Vor 150 Jahren wurde das Deutsche Reich gegründet.

Genauer: Im Januar 1871.

Das Deutsche Reich war der erste deutsche Staat, der fast ganz Deutschland umfasste.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Viele Länder auf deutschem Gebiet

Heutzutage ist Deutschland ein einzelnes Land.

Das war aber nicht immer so.

Bis in die Zeit nach 1800 gab es auf dem deutschen Gebiet viele verschiedene deutsche Länder.

Das bedeutet:

Deutschland war in viele kleine Gebiete aufgeteilt.

In jedem dieser Gebiete gab es einen anderen Herrscher.

Zum Beispiel einen Grafen, einen Herzog oder einen König.

In den Gebieten gab es auch unterschiedliche Gesetze.

Man kann sich das so vorstellen:

Wenn man heutzutage zum Beispiel von München nach Berlin reist, dann befindet man sich die ganze Zeit im selben Land.

Nämlich in der Bundes-Republik Deutschland.

Wenn ein Mensch im Jahr 1815 von München nach Berlin reiste, dann begann er seine Reise im Königreich Bayern.

Denn dort lag München.

Und seine Reise beendete er in einem Königreich mit dem Namen Preußen. Denn dort lag Berlin.

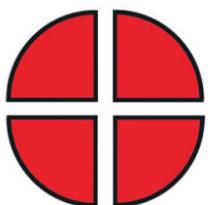
Und dazwischen lagen noch andere Länder.

Zum Beispiel das Königreich Sachsen.

In allen diesen Ländern sprachen die Menschen Deutsch.

Und die Länder hatten viele Gemeinsamkeiten.

Aber es waren eben unterschiedliche Länder.



Zeitweise gab es auf dem Gebiet von Deutschland über 300 Länder.

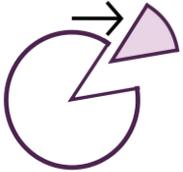
Diese Zahl hat sich aber ständig verändert.

Mal wurden Länder zusammengelegt. Zum Beispiel nach einem Krieg.

Manchmal wurden Länder auch geteilt.

Zum Beispiel, weil ein Herrscher mehrere Nachfahren hatte.

Und jeder einen Teil eines Landes bekam.



Wird Deutschland zu einem einzigen Land?

Für die Menschen in den deutschen Ländern war das für lange Zeit ganz normal.

Ein Mensch aus dem Königreich Bayern fühlte sich als Bayer.

Ein Mensch aus dem Königreich Sachsen fühlte sich als Sachse.

Als Deutsche fühlten sich beide aber erst einmal nicht.

Das änderte sich im Laufe der Zeit.

Die Menschen entdeckten immer mehr Gemeinsamkeiten.

Und mit der Zeit bekamen immer mehr Menschen den Gedanken:

Wir sind alle Deutsche.

Wir sollten nicht in unterschiedlichen Ländern leben.

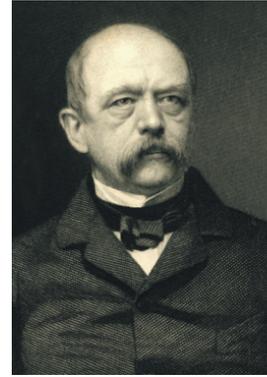
Es sollte einen einzigen deutschen Staat geben.

Diese Ideen waren besonders in den Jahren von ungefähr 1800 bis 1850 weit verbreitet.

In den Jahren 1848 und 1849 versuchten Menschen in den deutschen Ländern, einen gemeinsamen Staat zu gründen.

Das klappte aber nicht.

Es blieb also erst einmal bei den vielen deutschen Ländern.



Der Politiker Otto von Bismarck

Im Jahr 1862 passierte dann etwas Wichtiges:

Otto von Bismarck wurde Minister-Präsident im Königreich Preußen.

Man sieht ihn auf dem Bild links.

Preußen war eines der deutschen Länder.

Dieses Land gibt es heute nicht mehr.

Es lag vor allem im Nord-Osten des deutschen Gebiets.

Heute liegt dort unter anderem das Bundes-Land Brandenburg.

Und der Osten vom damaligen Preußen gehört heute zu Polen.

Die Haupt-Stadt von Preußen war viele Jahrhunderte lang Berlin.

Preußen war eines der beiden mächtigsten Länder im deutschen Gebiet.

Das andere mächtige Land war Österreich im Süd-Osten.

Heute wird Österreich nicht mehr zu Deutschland gezählt.

Damals wurde es aber noch zu den deutschen Ländern gezählt.

Preußen und Österreich waren beide sehr groß und sehr mächtig.

Und beide Länder hatten ein Ziel: Sie wollten im deutschen Gebiet die Führung übernehmen.



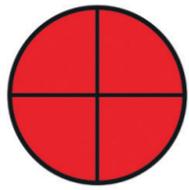
Die Einigungs-Kriege

Otto von Bismarck wurde also im Jahr 1862 Minister-Präsident von Preußen.

Preußen hatte zwar auch einen König, aber Bismarck war derjenige, der das Land leitete.

Und er hatte das Ziel, Preußen zum mächtigsten deutschen Land zu machen.





Sein Plan war:

Er wollte die vielen deutschen Länder zu einem einzigen Land vereinen.

Preußen sollte in diesem Land die Führung übernehmen.

Österreich sollte nicht zu diesem Land gehören.

Seine Ziele verwirklichte Bismarck im Laufe der Jahre von 1862 bis 1871.

Als Minister-Präsident führte er Preußen in drei Kriege.

Sie waren wichtige Ereignisse auf dem Weg zu einem einzigen deutschen Staat.

Deswegen nennt man diese Kriege auch: Deutsche Einigungs-Kriege.



Der erste Einigungs-Krieg war der Deutsch-Dänische Krieg
Er fand im Jahr 1864 statt.

Hier kämpften Preußen und Österreich noch zusammen gegen Dänemark.



Schon im Jahr 1866 kam es aber zum Preußisch-Österreichischen Krieg.

In diesem Krieg kämpften die beiden Länder gegeneinander.

Preußen gewann gegen Österreich.

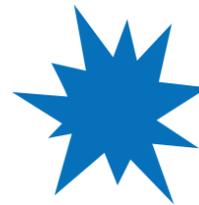
Preußen eroberte mehrere Länder im Norden des deutschen Gebiets.

So wurde es noch größer und mächtiger.

Preußen tat sich dann mit fast allen Ländern in der nördlichen Hälfte des deutschen Gebiets zusammen.

Diese Länder gründeten den Nord-Deutschen Bund.

Damit waren die meisten deutschen Länder im Norden zu einem Staat vereint.



Die Gründung des Deutschen Reichs

Im Jahr 1870 kam es dann zum Deutsch-Französischen Krieg.

Also zu einem Krieg zwischen deutschen Ländern und Frankreich.

In diesem Krieg verbündete sich der Nord-Deutsche Bund mit deutschen Ländern im Süden des deutschen Gebiets.

Nur nicht mit Österreich.

Im Verlauf des Krieges verhandelte Bismarck mit den Ländern im Süden.

Er konnte sie überzeugen, dem Nord-Deutschen Bund beizutreten.

Das geschah im November 1870.

Damit gehörten nun fast alle deutschen Länder zum Nord-Deutschen Bund.

Zum 1. Januar 1871 gründeten diese Länder dann einen neuen Staat.

Dieser Staat bekam den Namen: Deutsches Reich.

Seit dem 1. Januar 1871 gab es also einen einzigen deutschen Staat.



Herrscher des Deutschen Reichs wurde der preußische König Wilhelm I.

Man sieht ihn auf dem Bild links.

Er wurde zum Deutschen Kaiser gekrönt.

Das war am 18. Januar 1871.

Oft wird darum auch dieser Tag als Tag der Gründung des Deutschen Reichs genannt.



Wie ging es mit dem Deutschen Reich weiter?

Das Deutsche Reich gab es von 1871 bis zum Jahr 1945.

Diese Zeit teilt man noch mal in drei Teile.



1. Das Deutsche Kaiser-Reich

Von 1871 bis 1918 war die Zeit des Deutschen Kaiser-Reichs.

Zu dieser Zeit herrschte also ein Kaiser im Deutschen Reich.

Der Kaiser wurde im Jahr 1918 von seinen Untertanen aus dem Amt vertrieben.



2. Die Weimarer Republik

Danach entstand die Weimarer Republik.

Sie wurde von einer von den Bürgern gewählten Regierung geleitet. Und der Kaiser wurde durch einen gewählten Reichs-Präsidenten ersetzt. Diese Zeit dauerte bis 1933.



3. Die Zeit des National-Sozialismus

Von 1933 bis 1945 herrschten dann die National-Sozialisten in Deutschland.

Ihr Anführer war Adolf Hitler.

In dieser Zeit durften die Menschen in Deutschland nicht mehr selbst wählen, wer das Land leiten soll. Und sie hatten keine Freiheiten.

Die National-Sozialisten überfielen andere Länder und lösten damit den Zweiten Welt-Krieg aus.

Im Jahr 1945 wurde Deutschland besiegt.

Damit endete die Zeit des Deutschen Reichs.

Der Weg zur Bundes-Republik Deutschland



Vier Jahre lang gab es keinen Staat auf dem deutschen Gebiet mehr.

Im Jahr 1949 wurden dann zwei neue Staaten gegründet:

Die Bundes-Republik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik.

Es gab nun also wieder mehrere deutsche Länder.



Im Jahr 1990 wurde aus der Bundes-Republik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wieder ein Land.

Die Bundes-Republik Deutschland, in der wir heute leben.



Kurz zusammengefasst

Vor 150 Jahren wurde das Deutsche Reich gegründet.

Genauer: Am 1. Januar 1871.

Es war der erste Staat, der fast ganz Deutschland umfasste.

Davor war Deutschland in viele unterschiedlich große Länder aufgeteilt gewesen.

Heute ist der einzige deutsche Staat die Bundes-Republik Deutschland.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / akg-images, Künstler: Anton von Werner. Portrait Bismarck: © picture alliance / Heritage-Images | The Print Collector/Heritage Images. Portrait Wilhelm I: © picture alliance / akg-images | akg-images. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 1-2/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Januar 2021.